DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

HIER wird es sein!

➔ Seite 7

DW-HERAUSGEBER sprechen Klartext,

➔ Seiten 12 und 13

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 141, Samstag, 29. Juli 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

AM 5. AUGUST ZUR GROSSDEMO UND ZUR DW-AKADEMIE NACH BERLIN! ➔ Mehr auf Seite 13



Künstlerische Bildmontage von Rudolph Bauer aus dem Kunstband »Charaktermasken«. Wie Sie diesen bekommen können, finden Sie auf Seite 15 heraus. Titelgestaltung: DW/hes

Es erschien in einem Kunstband. Dieser Kunstband wurde Anfang Februar 2023 vom Künstler an den Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg ins Gefängnis geschickt. Ballwegs Privatpost wurde durchgesehen. Diese wurde Seite herausgerissen und an Karl Lauterbach geschickt. Der stellte »fristgerecht« Strafanzeige. Denn Karl Lauterbach fühlt sich auf dem Kunstwerk nicht gut dargestellt und beleidigt. Niemand soll dieses Bild deshalb mehr sehen dürfen.

Wie tief kann das Regime noch sinken? Jetzt wird offen Kunst zensiert. Doch: Wir lassen das als freie, unabhängige Presse nicht zu. Wir stehen ein für die Freiheit der Meinung, der Forschung, der Presse und der Kunst. Wir hätten es vielleicht nicht abgedruckt, wäre es nicht zu diesem menschenrechtsbrüchigen Vorgehen der Sicherheitsorgane und des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach (SPD) gekommen.

Wir machen diesen Vorgang AUCH aus diesem Grund publik: Bei dem Künstler handelt es sich um den Bremer Rudolph Bauer. Neben seiner Tätigkeit als bildender Künstler in der Tradition eines John Heartfields war er für sechs Ausgaben Mit-Herausgeber dieser Zeitung. Dass er nun Anfang Juli 2023 diese Anzeige vom Apparat bekam, ist kein Zufall. Denn diese Zeitung und ihre Herausgeber (Seite 15) werden systematisch angegriffen. Auch Ex-Mitherausgeber Professor Michael Meyen wird zur Zeit vom Staat drangsaliert (Seite 15).

Um es klipp und klar zu sagen: Oppositionelle und ihre Kunstwerke und Zeitungen werden im Deutschland der Gegenwart vom Staat systematisch verfolgt, weil sie auf die europäische Kulturgeschichte, auf Grundgesetz, Nürnberger Kodex und Demokratie beharren.

Der Künstler Rudolph Bauer soll für seine Kunst nun mehrere Tausend Euro Strafe zahlen. Denn das umstrittene Stuttgarter Amtsgericht, das den Strafbefehl an den Künstler verfasste, will keine Kunst mehr kennen, sondern nur ein »Feind bild aus dem Coronaleugner/Impfgegnermilieu« wahrnehmen, das »jemanden beleidigte«. Wie war das noch? Satire darf alles? Steht Karl Lauterbach über ausländischen Staatsoberhäuptern, über Mohammed, über Gott und über dem Grundgesetz? Demokraten sagen: Nein.

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW141

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 141. Ausgabe ab Samstag, 29. Juli 2023. | Redaktionsschluss war am 27. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

»An uns kommt keiner vorbei«

Der Preis der Republik geht an Björn Banane.

LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Wenn sich die Regierung von Recht und Verfassung verabschiedet, die Menschen mit drakonischen Maßnahmen überzieht, sie mit gefährlichen Genspritzen jagt und dann noch in den Krieg führt, spielt kein Streichquartett und keine schiefe Geige. Sondern Björn Banane.

Eigentlich war er auf dem Weg gewesen, auf dem Ballermann Fuß zu fassen. Mit Liedern zu denen man tanzen, grölen und feiern kann. Doch dann kam die Schließung der gesamten europäischen Kultur und die Party war vorbei. Björn Banane konnte und wollte sich nicht damit abfinden, dass der Gesang zum nationalen Risiko erklärt wurde und machte in der Demokratiebewegung weiter. Umso mehr, nachdem er die Gewalt der Staatsmacht an friedlichen Demonstranten mit eigenen Augen gesehen hatte.

Nun ging es in den Songs nicht mehr um »Birgit, bring mir noch 'nen Bier mit«, sondern um die neue Definition des Rechtsstaats – »Der Staat, der immer Recht hat« oder die Ziehung von Roten Linien, angesichts einer Macht, die keine Roten Linien mehr kennen wollte. Er erfand quasi ein neues Genre: den progressiven Polit-Schlager und bringt seit 2020 überall in der Republik die Menschen zusammen und zum tanzen. Und das unermüdlich. Dass Schlagersänger die Speerspitze des musikalischen Widerstands bilden, scheint ein neues Phänomen der Gegenwart zu sein und wird Musikwissenschaftler der Zukunft zu ellenlangen Aufsätzen mit verschachtelten Gedanken-*Capriccios* und vielen klugen Worten und viel Unsinn veranlassen. »An uns kommt keiner vorbei«, singt Banane dazu. So einfach ist das. Hauptsache es rockt und geht nach vorne.

Für seine Einsatz wird der Sänger und Familienvater mit Verleumdungsklagen bedacht, von staatsnahen Jugendorganisationen gejagt, seine Auftritte werden unter hanebüchenen Vorwänden vom Ordnungsamt verboten, Veranstaltungen untersagt und in den *Underground* gedrängt. Doch Björn Banane macht einfach weiter bis zum Sieg. Die »ernsten« Musiker haben sich unter der Corona-Krone zu 99 Prozent für immer blamiert. Man kann ihnen nicht mehr glauben. Dem Schlagersänger Björn Banane schon. Und für diese Leistung, diese Ausdauer und diesen Mut gebührt ihm der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN BJÖRN BANANE DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmstein.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

So nah und doch so fern

EINWURF von Werner Köhne

Jüngst träumte mir, ich hinge in einer Eckkneipe am Tresen ab.

Einige andere mit mir. Ein älterer Mann bestellte sich eine Frikadelle mit Senf, zwei Mitvierziger pafften Rauchschwaden in den bläulich abgedimmten Raum. Und aus einer dunklen Ecke grummelte ein offensichtlicher Dauergast so etwas vor sich hin wie: »Käthe, mach mir noch 'n Doppelten.«

Mir schien, es war alles im Lot, so wie es eben sein sollte; eine »Scheiß egal«-Stimmung durchherrschte die Kneipe, ließ in mir eine sanfte Wehmut hochsteigen, die wunderbarerweise Probleme fortblies. Was will der Mensch an Freiheit denn mehr?

Aber das Ganze war eben nur ein Traum. Real sind ja die Eckkneipen nahezu verschwunden, weil die *woken* Volksgesundheitsbeauftragten irgendwann ein Rauchverbot durchsetzten. Gemäß der Einsicht: Wer raucht, lebt kürzer. Wer nicht raucht, bleibt zwar am Leben, lebt aber nicht. Was könnte uns die Corona-fixierte Elite auch anderes bieten als die Androhung, dass wir bei Nichtbeachtung der Verbote früher sterben und so die Volksgesundheit schädigen.

In meinem Traum schob sich – wer weiß warum? – dann noch ein anderes Bild aus der Vergangenheit in den Vordergrund: das von der guten alten Telefonzelle. Früher wurden sie an den merkwürdigsten Stellen installiert, oft auch außerhalb der urbanen Zentren, umwuchert zuletzt von buschigem Wildwuchs und inmitten von randstädtischen Plattenbauwüsten, deren Bewohner die letzten Aktivisten und Zeugen ihres Aussterbens wurden.

Davor aber lieferte uns dieses gläserne, gelbe Domizil noch eindrucksvolle Motive für Tatort-Krimis. Der Plot: die T-Zelle als Endpunkt einer Flucht; ein von einer Kugel tödlich getroffener Mensch; der sich zu einem Knäuel eingerollt hat; über seinem Kopf ein hin und her pendelndes Telefonkabel; aus der Hörmuschel eine Stimme, die ein letztes Gespräch simuliert. – Vorbei all das.

Heute wirken auch Telefonzellen museal in ihrer Anmutung, eine Synthese aus Ferne und Nähe, Intimität und Entfremdung, Privatheit und Öffentlichkeit zu ermöglichen. Wie unendlich weit haben wir uns aus diesen Realitäten gelöst. Vielleicht bewahren allein die Träume noch ein Andenken an sie, ja werfen auf heute bezogen Fragen auf: Wo und wie begegnen wir uns heute?



TÖDLICHE VERDACHTSFÄLLE

Die Journalistin SUSAN BONATH klagte beim Paul-Ehrlich-Institut (PEI) ein, wichtige Daten zur Corona-Impfung herauszugeben.

In einem Rechtsstreit, den ich seit März 2023 führte, lenkte die das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) nun in Teilen ein. Aus der Antwort des PEI wird klar: Das Institut weiß von mindestens 19 Kindern und Hunderten jungen Erwachsenen, die an oder mit einer Coronaimpfung starben.

Den herausgeklagten Dokumenten zufolge wurden dem Bundesinstitut mehr Todesfälle von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen nach einer Coronaimpfung gemeldet als bisher bekannt. Überdies gingen im PEI Tausende Berichte über Herzmuskel- und Herzbeutelentzündungen vor allem bei jungen Menschen ein – häufige Spätfolge ist der vorzeitige Tod.

Dem nun übermittelten Dokument zufolge wurden dem PEI in den ersten beiden Impfjahren 2021 und 2022 insgesamt 3.246 Todesfälle gemeldet, bei denen Ärzte oder Angehörige die zuvor erfolgte Coronaimpfung als Auslöser vermuteten. Genau 714 dieser tödlichen Verdachtsmeldungen betrafen Erwachsene, die jünger als 60 Jahre alt waren. Besonders brisant: Weitere 19 plötzlich und unerwartet nach einer Spritze Verstorbene waren noch minderjährig, zwei davon zwischen fünf und elf, die anderen starben im Alter zwischen zwölf und 17 Jahren.

Diese Zahlen sind Mindestangaben. Denn angeblich wurde bei 151 Meldungen das Alter der Verstorbenen nicht angegeben. Auch das PEI recherchierte diese Daten demnach nicht nachträglich, was eigentlich zu seinen Aufgaben gehört. Wie alt diese gemeldeten 151 Toten waren, bleibt also offiziell unbekannt.

In einer Antwort an die AfD-Fraktion vom März 2023 hatte die Bundesregierung noch von elf verstorbenen Minderjährigen und 470 verstorbenen unter 60-jährigen Erwachsenen bis Ende 2022 berichtet. Diese geringeren Zahlen kamen zustande, weil Sterbefälle, die später als 42 Tage nach einer Impfung eintraten oder bei denen der genaue Impf- oder Todestag nicht angezeigt und recherchiert wurde, in der Auflistung fehlten.

PLÖTZLICH UND UNERWARTET

Je jünger Menschen sind, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sie plötzlich und erwartet sterben. Um dies zu verdeutlichen: Im Jahr 2020 starben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 985.600 Menschen in Deutschland. Davon waren gerade knapp 86.700 jünger als 60 Jahre, das sind nicht einmal neun Prozent. Unter 30 Jahre alt waren sogar nur 7.150 Verstorbene, demnach 0,7 Prozent.

Wie wahrscheinlich ist es dann, dass ein Minderjähriger oder jüngerer Erwachsener ausgerechnet kurz nach einer Coronaimpfung verstirbt, wenn er nicht ohnehin so schwer krank war, dass ein baldiger Tod absehbar war?– Falls Letzteres in allen Fällen zutreffen sollte, was wenig plausibel erscheint, wäre es wohl zutiefst unethisch gewesen, die Betroffenen in ihren letzten Tagen einer Impfung auszusetzen.

Diese unbeantworteten Fragen wiegen umso schwerer, weil allein 814 Meldungen Verstorbene betreffen, die innerhalb der ersten drei Tage nach der Vakzingabe das Zeitliche segneten. Davon befanden sich 179 Menschen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren und sogar sieben Jugendliche zwischen zwölf und 17 Jahren.

KEINE UNTERSUCHUNGEN

Die Häufung von Todesfällen nach diesen Impfungen hätte den Behörden frühzeitig auffallen müssen. Bereits bis Ende des Jahres 2021 hatten Ärzte oder Angehörige dem PEI insgesamt 2.255 solcher Verdachtsfälle übermittelt. Darunter befanden sich bereits acht verstorbene Kinder und Jugendliche, wie das Institut in seinem Sicherheitsbericht vom Februar 2022 letztmalig offiziell darlegte. Schauten die Behörden einfach weg und nahmen das Sterben auch junger Menschen in Kauf? Warum wurde nicht jeder dieser Fälle eingehend auf einen Impfzusammenhang untersucht? Das PEI erklärte dazu lediglich: »Verdachtsfälle sind nicht gleichzusetzen mit Nebenwirkungen, und Melderaten von Verdachtsfällen sind nicht gleichzusetzen mit der Häufigkeit des Auftretens einer Reaktion.«

Mit anderen Worten: Das PEI lässt die ihm übermittelten Todesfälle nicht eingehend auf einen möglichen Impfzusammenhang prüfen, und weil es so natürlich nichts herausfinden kann, tut es sie als unbewiesene Verdachtsfälle ab.– Dies kann man freilich bis in alle Ewigkeit so fortführen.

Das PEI tut diese Todesfälle als statistisch unauffällig ab. Dabei waren die Sterberaten vor allem in jüngeren Altersgruppen in den vergangenen beiden Jahren während der Impfkampagne alles andere als unauffällig. In Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies, dass es bei den unter 60-Jährigen im Jahr 2021 insgesamt 3.700 und im Folgejahr 2.800 überzählige Todesfälle gab, gemessen an der Sterblichkeit im ersten Coronajahr, als noch keine Impfstoffe auf dem Markt waren. Offenbar ist es Staatsräson, keinen möglichen Zusammenhang mit den Vakzinen zu untersuchen.

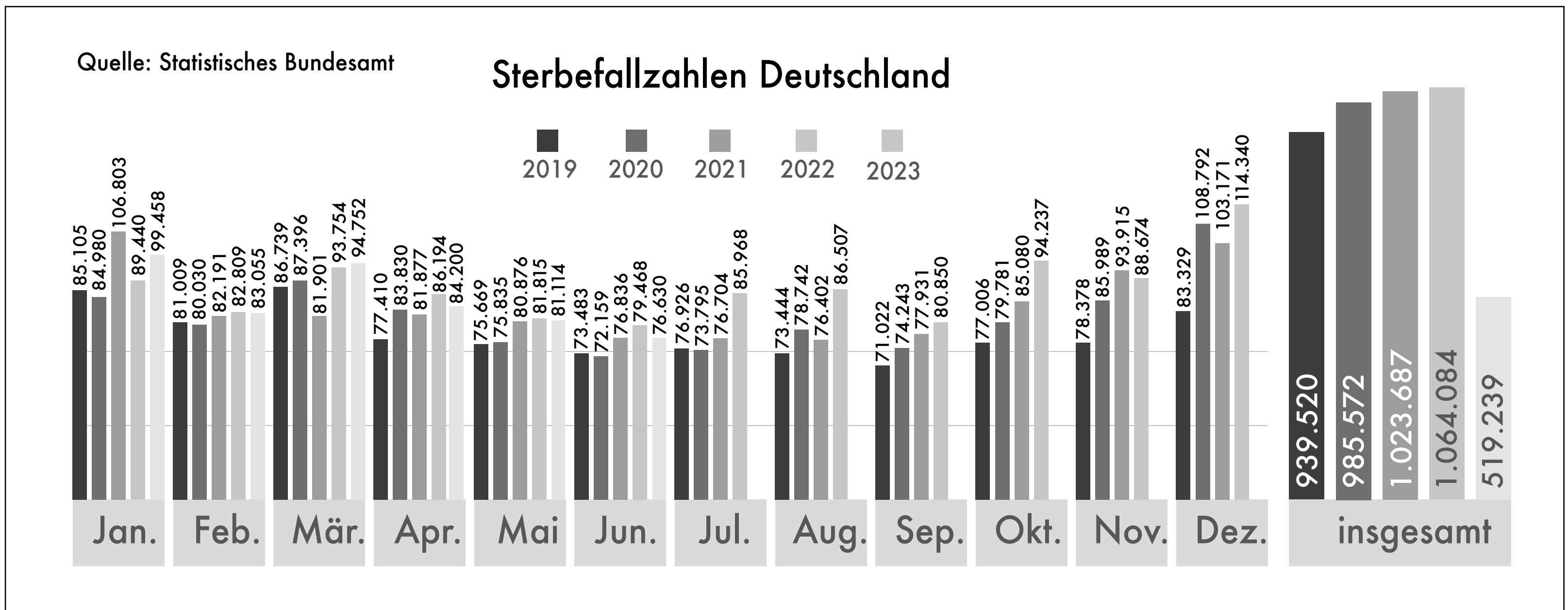


Eines der größten Verbrechen gegen die Menschheit? Der Spritzengenozid ist nicht mehr zu vertuschen. Foto: Georgi Belickin



Susan Bonath, geboren 1971 in Magdeburg, arbeitet als freie Journalistin und Buchautorin.

Dieser Text erschien zuerst im unabhängigen Internet-Magazin manova.news*, wo er in voller Länge zu lesen ist.*



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

KONTROLLGRUPPE MILITÄR

Arlington/DW. Die Einführung der Corona-Spritzen im US-Militär führte im Jahr 2021 zu einem sprunghaften Anstieg von Myokarditis. Dies gab nun auch der Unterstaatssekretär im US-amerikanischen Verteidigungsministeriums, Gilbert Cisneros Jr., vergangene Woche öffentlich bekannt. Damit bestätigte der hochrangige Pentagon-Beamte laut Angaben des medizinischen *online*-Fachblatts *tkp.at* die Daten eines *Whistleblowers*. Im Jahr 2021 wurde laut Pentagon ein Anstieg von Myokarditis-Erkrankungen unter Soldaten um 151 Prozent im Vergleich zum Jahresdurchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 festgestellt. (hes)

GEMELDETE IMPFSCHÄDEN

Amsterdam/DW. Laut Datenstand vom 24. Juli 2023 wurde der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) bislang 644.876 schwerwiegende Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Corona-Impfungen gemeldet. Darunter 28.102 Todesfälle. Kinder sind im EMA-Bericht mit 267 Todesfällen betroffen und mit 15.285 schwerwiegenden Nebenwirkungen, worunter unter anderem Lähmungen oder Herzinfarkte fallen. Experten gehen von einer massiven Untererfassung (siehe links auf dieser Seite) der Impfnebenwirkungen und einer Dunkelziffer um das 5 bis 20 fache aus. (hes)

Der Geist ist aus der Flasche

Parteien, Regierung und Behörden haben die Währung der Demokratie verspielt: Vertrauen. | Von Gordon Pankalla

Das Robert-Koch-Institut (RKI) erteilte sich am 20. Juli 2023 in einer Studie selbst die Absolution: Die Maßnahmen haben gewirkt, jedenfalls in der Kombination der Maßnahmen, meint die Behörde präsentieren zu können.

Es wundert wenig, dass die bezahlten Wissenschaftler dieser weisungsgebundenen Behörde sich selbst bestätigen, richtig gelegen zu haben. Die Aufarbeitung der Maßnahmen folgt dem gleichen Muster, wie die Verhängung der Maßnahmen selbst.

Aber wer hätte etwas anderes erwartet? Nun zuzugestehen, dass man nicht richtig gelegen hatte, würde Fragen aufwerfen, die keiner der Verantwortlichen beantworten will und kann – jedenfalls solange man selbst in Amt und Würden ist. Eine echte Aufarbeitung kann also erst dann erfolgen, wenn wir wieder unabhängige Fachleute in den Ämtern sitzen haben und keine Ideologen.

Mit Corona hat man den Geist aus der Flasche gelassen und den bekommt man nun nicht mehr in die Flasche zurück. Diese Leute haben sich selbst verdammt, den eingeschrittenen falschen Weg weiter zu gehen, wenn sie ihre Macht nicht verlieren wollen. Das gilt für die Wissenschaft ebenso wie für die Politik, den Journalismus, die Juristerei und die Machthaber in den Institutionen – wie beispielsweise der Ärztekammer oder den Gewerkschaften –, die durch die Bank ohne sich wirklich zu informieren, mitgemacht haben.

KAPITULATION BLEIBT OPTION

Die Angst aufzufliegen ist groß, nicht nur auf der Führungsebene, sondern auch bei denjenigen, die eine wehrhafte Demokratie allenfalls als eine Worthülse verstanden haben und sich in blindem Gehorsam die Maske aufsetzten, anstatt für die Demokratie auf die Straße zu gehen. Den Weg zurück zum Recht und zur Demokratie haben sie sich damit selbst abgeschnitten. Die Lüge ist so groß, dass sie nicht aufgedeckt werden darf.

In der Konsequenz ist die Rückkehr zu einer früheren Normalität für sie nicht mehr möglich – und zwar nie mehr. Markus Söder (CSU) sprach einst noch, dass die Rückkehr zu Normalität dann stattfinden werde, wenn alle geimpft sind. Er übersah dabei aber, dass die Impflüge selbst irgendwann als solche entlarvt werden würde. Was bleibt den Führungspersönlichkeiten und den Mitläufern also jetzt noch anderes übrig, als weiter zu machen? Weiter Richtung Regenbogen, weiter Richtung Ideologiestaat. Und genau das ist so gefährlich an der jetzigen Situation. Wer vorgibt, Demokratie verteidigen zu wollen, und dabei zu anti-demokratischen Mitteln greift, der spielt mit dem Feuer.

Der Schaden der Coronapolitik liegt nicht alleine in den Impfgeschädigten, sondern vor allem in dem Verlust der Glaubwürdigkeit. In einer Zeit, wo immer weniger Bürger glauben, dass alles mit rechten Dingen zugegangen ist und zugeht, verlieren die Menschen den Glauben an die Behauptung von Rechtsstaat und Demokratie.

UMFASSENDER VERTRAUENSVERLUST

Der Vorsitzende des CDU-Sozialflügels, Karl-Josef Laumann, will eine zunehmende Entfremdung der Wähler von den politischen Parteien beobachtet haben und meint, eine einfache Lösung präsentieren zu können: »Wir spiegeln natürlich in der politischen Repräsentanz von Abgeordneten und von Führungspersonal in der Bevölkerung nicht mehr die soziologischen Schichten unserer Bevölkerung ab«, sagte er im Interview mit dem *Deutschlandfunk*. Das sei das große Problem. »Und das hat auf Dauer auch Konsequenzen für die Akzeptanz vom gesamten Politiksystem bis hin zur parlamentarisch repräsentativen Demokratie.« Weiter meint der CDU-Mann Laumann: »Wir müssen vorne auch Leute haben, die eine andere Biografie haben als die jetzigen«.

Doch die gesamte Politik – gleich welcher persönlicher Biografie – hat es nach Corona mit einem umfassenden Glaubwürdigkeitsproblem zu tun. Jetzt einfach das Personal auszuwechseln und »Weiter so« auszurufen, ist eine Antwort, die nicht funktionieren wird. Was die Unionsfraktionen CDU und CSU betrifft, ist nicht zu vergessen, dass sie ebenso wie die Ampel-Politiker, die Verantwortlichen für die sogenannten Corona-Maßnahmen waren und sind. Das kann nahezu niemand ihnen vergessen.

DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG IST EIN FAIRER SIEGER

Die rechtswidrigen und verfassungswidrigen Maßnahmen haben dazu geführt, dass nicht nur das Vertrauen in einzelne Personen und Parteien verspielt wurde, sondern in den demokratischen und rechtsstaatlichen Charakter des Systems als Ganzes. Wie wir es nun bewerkstelligen, deren anti-demokratischen Geist wieder zurück in die Flasche zu bekommen, weiß ich nicht. Das erste Video, welches mir seinerzeit bei der Videoplattform Youtube unter Verweis auf die sogenannten Covid-19-Richtlinien gelöscht wurde, hieß übrigens: »Corona ist Faschismus«.

Doch ich weiß: Nach den Gemeinheiten, die in den letzten drei Jahren begangen wurden, reicht es nicht aus, sich selbst die Absolution zu erteilen, auf dem Reichstag eine Regenbogenflagge zu hissen und weiterhin einfach schlicht zu behaupten, man sei demokratisch und vielfältig. Ein erster Schritt zurück zu Demokratie, Rechtsstaat und echter Vielfalt wäre es, wenn wenigstens jetzt Kritiker der Coronamaßnahmen öffentlich zu Wort kämen, anstatt allen rigide abzuverlangen, auf der *woken* Regenbogenwelle mitsurfen zu müssen oder gar zu glauben, diese Kritiker weiterhin durch die Bank als Rechte, Wissenschaftsfeinde, Antisemiten oder Nazis beschimpfen zu können. Wie könnte Aufarbeitung auch sonst aussehen?



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



Eine Augustdemo in Berlin, 2020 Foto: Privat



DER HIMMEL ÜBER BERLIN

Sogar die Hauptstadt kann schön sein, wenn die Regierung im Urlaub ist. | Von Hendrik Sodenkamp

Wer in diesen Tagen durch das Berliner Regierungsviertel spaziert, merkt, das die Luft irgendwie besser ist als sonst. Die Menschen gehen beschwingter, manche lächeln gar unter dem stahlblauen Berliner Himmel und sogar die Vögel scheinen irgendwie hübscher zu singen als sonst. Woran das liegen mag?

»Das ist immer so in der Sommerpause«, sagt mir ein behäbig den Platz der Republik fegender Mitarbeiter der kommunalen Enstorgungs- und Recyclingsbetriebe BSR. »Wenn diese Abgeordneten weg sind, wenn der Bundeskanzler weg ist, dann ist auch die Journaille meist nicht da und man kann in Ruhe seiner Arbeit nachgehen.« Sprach er und kehrte stoisch die Hinterlassenschaften einer Rentnerreisegruppe aus Idaho oder Yokohama weg. Ob es diese himmlische Regierungsruhe wohl nun auch in Frankfurt gibt, frage ich mich.

»Noch eine Leitzinserhöhung, dann macht die EZB dicht«, titelt die *Süddeutsche Zeitung* am 24. Juli 2023. War es das? Ist der Euro damit endlich einfach so Geschichte? Kehren wir wieder zu einer solide konstruierten Währung zurück? Leider nein, muss man beim Weiterlesen entdecken. Die Frankfurter Bank sperrt nur für einen Monat ihren Frankfurter *Tower* zu. Der nicht nur ästhetisch umstrittene Turm ist einige wenige Jahre alt. »Die Elektrik ist kaputt, und zwar so richtig. Da hilft nur ein Komplett-*Shutdown*«, tönt die *SZ*.

Also nur eine Täuschung. Hervorgerufen durch einen vorschnellen Blick, pardon! Man möchte ja keine Sau durchs Land treiben, lieber einen Löwen. Und so tat es auch die gelangweilte Presse in den vergangenen Wochen, wahrscheinlich aus dem *Homeoffice* auf Rhodos: Eine Löwin sollte in Brandenburg unterwegs sein. Ein Brennpunkt jagte den nächsten, es passierte ja sonst nichts, außer Riesendemonstrationen im ganzen Land und Revolutionsbestrebungen in Frankreich. War die Löwin einem arabischen Clan entwischt? War die Löwin aus Pistoriusens Raubkatzenzoo ausgebrochen? Fragen über Fragen, bis dann *T-Online* aus dem Kot des Tieres erlesen konnte (wie es nur *T-Online* kann): Die Löwin war ein einfaches Schwein.

»Am 5. August 2023 ist es mit dieser Ruhe erst einmal vorbei!«, rufe ich dem gemütsamen Straßenfeger zu. »Sollen Sie kommen!«, ruft er zurück. »Ich mache auch die Gatter zum Reichstag auf. Wie 2020.« – Ach ja, der Sommer in Berlin.



Zug der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung über die Fürstenberger Straße in Berlin: Klare und rationale Ansagen des Staatsvolkes – von Beginn an. Foto: Georgi Belickin



DEUTSCHE POLITIKER UND DAS GRUNDGESETZ

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Die Bundesregierung plant eine Gesetzesänderung, wonach Schöffen, die verfassungsfeindlichen Aktivitäten nachgehen, künftig leichter abberufen werden können. Anlass genug, die Verfassungstreue aktueller Funktionsträger in Legislative und Exekutive zu überprüfen. Das Ergebnis ist ernüchternd.

1. *Abgeordnete*, die für eine allgemeine Covid-Impfpflicht votieren, obwohl sie wissen, dass diese Impfung tödlich ausgehen kann (wer von ihnen diese Kenntnis hatte, wird sorgsam aufzuarbeiten sein), trachten ihrem eigenen Volk nach dem Leben und stehen daher *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes.

2. Ein *Bundeskanzler*, der verkündet, im Kampf gegen den Coronavirus kenne er keine roten Linien mehr, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn es gibt dort für jegliche politische Intervention eine rote Linie – nämlich die Grundrechte.

3. Eine *Bundesaußenministerin*, die ohne jede Vorwarnung öffentlich äußert, Deutschland befinde sich im Krieg mit Russland, steht *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie propagiert entweder einen Angriffskrieg, oder aber sie ruft einen Verteidigungskrieg aus, ohne dass Bundestag und Bundesrat gemäß Artikel 115a Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) den Verteidigungsfall festgestellt haben.

4. Eine *Bundesinnenministerin*, die Beamten die Beweislast für ihre Verfassungstreue auferlegen will, steht *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie hat nicht verstanden, dass auch Beamte das Recht haben, für ihre Überzeugung zu streiten, und dass auch für Beamte das rechtsstaatliche Fundamentalprinzip der Unschuldsvermutung gilt.

5. Eine *Bundesinnenministerin*, die mithilfe ihrer Verfassungsschutzbehörde unter dem Deckmantel »Delegitimierung des Staates« Regierungskritiker überwachen lässt, steht *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn ihr fehlt fundamentales Wissen über die Funktionsbedingungen eines demokratischen Rechtsstaats: (1) Wer die Regierenden in Frage stellt, stellt damit nicht die staatlichen Institutionen in Frage. Es ist zwischen Amt und Person zu trennen. (2) Der Gewaltenteilungsgrundsatz (Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 GG) ist das Misstrauensvotum des Verfassungsgebers an die Adresse eines jeden, der staatliche Macht ausübt. Deshalb ist es auch dem Bürger erlaubt, den Regierenden zu misstrauen. (3) Zu den Funktionsbedingungen der Demokratie gehört die Ablösbarkeit der Regierung. Regierende müssen sich daher dem kritischen Diskurs stellen, auch wenn dieser für sie unangenehm ist.

6. Ein *Bundeswirtschaftsminister*, der auf die Anordnung des Bundesverfassungsgerichts, das Parlament brauche mehr Zeit, um das Heizungsgesetz zu beraten, mit der Erklärung reagiert, er erwarte, dass das Gesetz nach der Sommerpause ohne inhaltliche Änderung verabschiedet werde, steht *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn er maßt sich an, das Ergebnis des parlamentarischen Diskurses verbindlich vorwegzunehmen, und tritt damit die Rechte der Abgeordneten mit Füßen.

7. Eine *Bundesfamilienministerin*, die Antifa-Organisationen wie beispielsweise die »Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus« in Herford finanziert, deren einziges Ziel es ist, Regierungskritiker zu diffamieren und mit durch nichts gerechtfertigten Rechtsextremismus-Vorwürfen zu überziehen (so geschehen am 23. Januar 2023 in dem 108 Seiten starken Pamphlet »Verstrickungen« über sogenannte Corona-Leugner in Ostwestfalen-Lippe), steht *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie hat nicht verstanden, dass die freie Meinungsäußerung für ein demokratisches Gemeinwesen schlechthin konstituierend ist und dass niemand das Recht hat, von oben herab Meinungen in gut und schlecht einzuteilen.

8. *Abgeordnete*, die für eine Stärkung der WHO eintreten, ohne sich mit den aktuell geplanten Regelwerken (Internationale Gesundheitsvorschriften/Pandemievertrag) zu beschäftigen, stehen *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie unterwerfen unser Land einer nicht demokratisch legitimierten Institution mit – wenn die aktuellen Pläne verwirklicht werden – unkontrollierten Machtbefugnissen (siehe Seite 10).

9. *Abgeordnete*, die sich der Aufarbeitung der härtesten Grundrechtseingriffe in der Geschichte der BRD verweigern, stehen *nicht* auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie werden bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Raubbau an den Grundrechten erneut mittragen, ohne nach belastbaren Daten und wissenschaftlicher Evidenz zu fragen. Haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages eigentlich den Bericht der gesetzlich (nach Paragraph 5 Absatz 9 Infektionsschutzgesetz) eingerichteten Sachverständigenkommission zur Kenntnis genommen, der seit über einem Jahr vorliegt? Hat es darüber eine Plenardebatte oder wenigstens eine Debatte im Gesundheitsausschuss gegeben? Oder haben sich die Abgeordneten mit der Stellungnahme der Bundesregierung vom 4. Oktober 2022 (Bundestag-Drucksache 20/3850) kommentarlos zufriedengegeben? Um eines klarzustellen: Auch ich will keine verfassungsfeindlichen Schöffen auf der Richterbank. Ich will aber den vorgenannten Akteuren nicht die Entscheidung überlassen, wer verfassungstreu ist und wer nicht. Denn diese Leute setzen Verfassungstreue mit politischer Linientreue gleich.

MELDUNG

TODESSEHNSUCHT UNTER PALMEN

Rhodos/DW. Im Mittelmeerraum kam es in der vergangenen Woche zu mehreren Großbränden, unter anderem auf den Inseln Rhodos und Sizilien. Deutsche Medienbetrieb berichteten aus ihrem Sommerloch von katastrophalen Weltuntergangsszenarien. Der deutsche Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) meldete über den Kurznachrichtendienst Twitter (jetzt X): »Die Hitzewelle ist spektakulär hier. Wenn es so weiter geht, werden diese Urlaubsziele langfristig keine Zukunft haben. Der Klimawandel zerstört den Süden Europas. Eine Ära geht zu Ende.« Die Italiener, die ihn eingeladen hatten, reagierten brüsk auf diese Aussagen. Sie warfen ihm vor, mit ihrem wirtschaftlichen Untergang zu kokettieren. »Wenn Karl Lauterbach Urlaub im Grand-Hôtel Abgrund machen möchte, kann er in Zukunft auch einfach im Willy-Brandt-Haus bleiben«, so der Tenor unter italienischen Demokraten. (hes)

SIMULATION VON DIREKTER DEMOKRATIE

Berlin/DW. Der Bundestag loste am 22. Juli 2023 einen sogenannten »Bürgerrat zur Ernährung« aus, meldete die hauseigene Pressestelle. 160 deutsche Bürger sollen bis Ende Februar 2024 dem Bundestag »Vorschläge zur Ernährungspolitik machen«, hieß es dort. Die Vorschläge haben für die Berufspolitiker keine Bindung. Warum man für »Vorschläge« einen teuren Bürgerrat braucht, wo doch ein Brief reicht, beantwortete die Pressemitteilung nicht. Der Bürgerrat soll laut Kritikern direkte Demokratie simulieren. Erstens würde nicht über die grundlegenden Fragen, wie beispielsweise die Mitgliedschaft in der Nato in diesem großen Forum diskutiert, sondern über Randthemen wie Ernährung, zweitens wäre es im Endeffekt egal, zu welchem Ergebnis die Bürger kommen, die Parlamentarier entschieden im Endeffekt sowieso »nach ihrem Gewissen«, lauten die Hauptkritikpunkte. (hes)

PUTIN NICHT ALLEINSCHULDIGER AM HUNGER IN DER WELT

Odessa/DW. Das Abkommen zwischen Russland und der Ukraine, das die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine regelte, lief in der vergangenen Woche aus und wurde von russischer Seite nicht verlängert. Deutsche Medienkonzerne warfen der russischen Föderation vor, damit Hunger in der Welt zu verursachen. Laut Angaben der Welternährungsorganisation Oxfam ist ein Getreideabkommen jedoch »keine Lösung für den weltweiten Hunger«. Das vorherige Getreideabkommen habe nicht dafür gesorgt, dass die Lebensmittel in Hungergebiete verschifft worden wären: »Südsudan und Somalia, haben seit Inkrafttreten des Abkommens gerade einmal 0,2 Prozent der ukrainischen Getreidelieferungen erhalten. Sie sind nur einen Schritt von einer Hungersnot entfernt.« Das ukrainische Getreide sei vorrangig in Länder des Nato-Westen gegangen. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AHRENSFELDE: Montag 18.00 • Märkische AZ • Rathaus
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus
• Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45üNDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00üWDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ULM: Montag 18.00 • Südwestpresse • Am Rathaus
WIEN: Sonntag 18.00 • ORF Wien • Stephansplatz
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. • Nachr. Hugo-Borg-Platz

IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELMSHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCHHAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARIENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKARTAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAULGRUB, 18 Uhr, Rathaus – Zeven, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 29.7.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 29.7.2023 12-16:50 Uhr	Berlin, Park & Ride U-Bahnhof Hönow	Autokorso
Sa, 29.7.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 29.7.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 29.7.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 29.7.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 29.7.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 29.7.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 29.7.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 29.7.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 29.7.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 30.7.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 31.7.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 31.7.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 31.7.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 31.7.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 31.7.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Hamburg,Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 31.7.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 31.7.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 31.7.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 31.7.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 31.7.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 1.8.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 1.8.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 1.8.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 1.8.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 1.8.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 2.8.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 2.8.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 2.8.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 2.8.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 2.8.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 2.8.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 2.8.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 2.8.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 2.8.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 2.8.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 2.8.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 2.8.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 3.8.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 3.8.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 3.8.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 3.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 3.8.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 3.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 3.8.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 3.8.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 3.8.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 4.8.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 5.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 5.8.2023 13-22Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO
Sa, 5.8.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 5.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 5.8.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 5.8.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 5.8.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 5.8.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 5.8.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 7.8.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Sa, 19.8.2023 14-18 Uhr	Wuppertal, am Geschwister-Scholl-Platz	Demo und Aufzug

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



DER GRUNDSATZ DER VERHÄLTNISMÄßIGKEIT

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, kurz GdV, ist Ausdruck des allgemeinen Freiheitsanspruchs des Menschen im Verhältnis zum Staat und dessen Handlungen. Es darf demnach nur soweit in die Freiheitsrechte eingegriffen werden, wie es zum Schutz der öffentlichen Interessen unerlässlich ist.

Der GdV ist ein übergreifender rechtsstaatlicher Leitsatz allen staatlichen Handelns mit Verfassungsrang. Das bedeutet, dass sich der Staat in seinen Handlungen Grenzen setzt. Jede staatliche Maßnahme mit einem Grundrechtseingriff beinhaltet zwangsläufig die Prüfung des GdV und muss sich an ihm messen lassen. Der GdV ist somit ein Regulierungsinstrument für formal richtiges Handeln aller staatlichen Institutionen.

Der GdV enthält folgende Punkte: Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit und zeitliches Übermaßverbot. Unter der Geeignetheit versteht man die objektive Zwecktauglichkeit der Maßnahme. Sie ist dann geeignet, wenn mit ihrer Hilfe der gewünschte Erfolg (das polizeiliche Ziel) erreicht werden kann. Es kommt nicht auf die nachträgliche Betrachtung an, sondern darauf, ob die Behörde zum Zeitpunkt der Entscheidung des Tätigwerdens ihre Maßnahme als geeignet ansehen konnte. Es wird keine absolute Geeignetheit des Mittels verlangt. Eine Teileignung reicht aus.

Erforderlichkeit (Grundsatz des mildestmöglichen Mittels): Bei mehreren möglichen und geeigneten Maßnahmen, die zur Zielerreichung führen könnten, muss eine Auswahl getroffen werden. Es ist das Mittel auszuwählen, welches voraussichtlich den Einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigen wird und dennoch zum Ziel führt. Eine staatliche Maßnahme ist demnach dann erforderlich, wenn keine anderen einschränkenden Mittel gewählt werden können, die die gleiche Wirksamkeit haben.

Angemessenheit (Zweck-Mittel-Relation): Diese beinhaltet eine Abwägung zwischen den belastenden Auswirkungen der getroffenen (beabsichtigten) Maßnahme und dem zu erwartenden Erfolg. Die polizeiliche Handlung darf nicht zu einem Nachteil führen, der zum Erfolg erkennbar außer Verhältnis steht. Das erreichte Ziel darf nicht in einem krassen Missverhältnis zu den Grundrechtseinschränkungen stehen. Es findet hier stets eine Abwägung des zu schützenden Rechtsguts und des beeinträchtigten Grundrechts statt.

Zeitliches Übermaßverbot: Eine Maßnahme darf nur so lange dauern, bis ihr Zweck erfüllt ist oder erkannt wird, dass das behördliche Ziel nicht erreicht werden kann. Denken wir nun über die politischen Maßnahmen der letzten drei Jahre nach und messen sie an diesem grundlegenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Die komplette Ausarbeitung findet Ihr unter: *https://echte-polizisten.de/fragen-zur-durchsuchung-bei-lars-oberndorf/*

VORGLÜHEN FÜR BERLIN

Am 5. August 2023 findet in der Hauptstadt die große Augustdemonstration der Demokratiebewegung statt. | Von Batseba N'Diaye



Der Berliner Gendarmenmarkt im Zuge der Woche der Demokratie im Sommer 2022 mit der Verschmelzung des politisch »rechten« und des »linken« Zuges der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung. Ganz klar: Ja zur demokratischen Querfront! Fotos auf dieser Seite: Evafoto, Georgi Belickin

Für Zehntausende ist es mittlerweile Routine geworden. An jeden Montag, Mittwoch, Samstag, oder einem anderen der übrigen vier Wochentage geht es auf die Straße. Jede Woche senden so Demokraten in allen Regionen Deutschland das Zeichen des Widerstands in die Welt.

Wer in den sogenannten sozialen Medien sucht, nimmt dieses starke Zeichen auch wahr und sieht wie groß und aktiv die Demokratiebewegung, die seit über drei Jahren auf die Straße geht, immer noch ist. Wer es nicht sehen will, der sieht es nicht. Denn ansonsten werden die Tausenden Demonstrationen, Mahnwachen, Spaziergänge und Aktionen (siehe links) in diesem Land kleingeredet oder ganz verschwiegen. In den großen gleichgeschalteten Medienbetrieben, aber sogar auch innerhalb der Demokratiebewegung. Der 5. August 2023 wird die eigene Kraft wieder bewusst machen, da sind sich die Organisatoren der Demo in Berlin sicher.

Starten wird die Demonstration um 13 Uhr am Brandenburger Tor. Es sprechen Michael Ballweg, Wolfgang Kochanek, Christiane Reymann, Ralf Ludwig und Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp. Auch ein »Überraschungsgast der Extraklasse« ist angekündigt. Wird es erneut Robert Kennedy sein, der auch durch seine Teilnahme an der Megademo im August 2020 mittlerweile einer der aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten in den USA geworden ist? Wird Kennedy nun doch den Friedensvertrag bringen, den sich einige damals so sehnlich vor der Russischen Botschaft erwünschten? Oder ist es Nena oder der Wendler? Kommt Christian Drosten, um uns um Verzeihung zu bitten? Die Veranstalter kommentierten solche Gerüchte nicht. Aber egal, welcher Star kommt, sie wissen schon jetzt: Es wird die größte Demonstration der Demokratiebewegung im Jahr 2023. – Wer könnte so etwas verpassen wollen?

Im Anschluss an die Demo findet die erste Julian-Assange-Runde der DW-Akademie statt.
Über den Newsletter dieser Zeitung auf nichtohneuns.de erfahren Sie alle Details.









DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

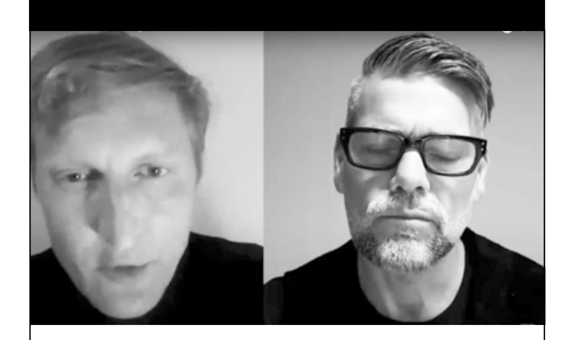
• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS- AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #16.

• Comedy: Selenski von EU-Lateinamerika-Gipfel ausgeladen.
• Grande Nation? Frankreich steht auf.
• Was ist was? Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020.

K.S.S.: Wir gemeinsam laden neue Leute ein! ... Ich glaube, dass wir das jetzt hier mal vormachen, wie wir ein solches Format öffnen. Und zwar allen, die reden wollen. Das müssen nicht nur Medienmacher sein. Das wäre natürlich auch schön. Aber auch Leute, die vielleicht bislang irgendwo mal Gäste waren, dass die in diesem Medium Teil der Bestandsaufnahme werden und mal etwas mit hineinbringen und ihre Sicht der Dinge darstellen. Das fände ich interessant. Ihr werdet das weiterführen und ich komme in regelmäßigen Abständen auch wieder mit hinein. Es ist doch interessant, jemanden hier zu haben, der bislang in Deutschland Gasheizungen gebaut hatte und das jetzt nicht mehr darf. Oder der ein Soldat war und an all das geglaubt hat – und daran nicht mehr glaubt. Oder jemand, der in eine Partei eingetreten ist, und wenn er dann selbst im Apparat sitzt, bemerkt, wie korrupt das alles ist... Die Demokratiebewegung hat ja viele Gesichter und wir nutzen die Chance, die unterschiedlichen Facetten zu Wort kommen zu lassen. Vielleicht führt das dazu, dass Bewegung hineinkommt!

A.L.: Ja, wobei »Bewegung«ja in der Bewegung schon drin ist. Aber in die Bestandsaufnahme können wir noch weitere Bewegung hineinbringen. Wir haben mit dem Format beim letzten Mal ja schon so eine Art satirischen Nachklapp gemacht... und in der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand und insbesondere auf der Seite 8 haben wir genau dieses Prinzip von Beginn an. DW ist bereits sehr breit geöffnet und ganz dezidiert keine Talkshow.

K.S.S.: Printmedien die Druck machen sind wichtig. Die Bestandsaufnahme geht nicht zu Ende, sie wird sich nur verändern!

Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub. Ab jetzt neue Folgen mit Rotation: Kayvan Soufi-Siavash, Anselm Lenz und wechselnde Gesprächspartner!

HINWEIS: Am 5. August 2023 findet die neue DW-AKADEMIE mit der ersten JULIAN-ASSANGE-RUNDE mit Jimmy Gerum von Leuchtturm ARD, Kayvan Soufi-Siavash (KenFM/Apolut), Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz in Berlin statt. Die Demonstration beginnt zuvor um 13 Uhr am Brandenburger Tor. Näheres zur DW-Akademie via akademie@demokratischerwiderstand.de

»Der Sturm wird stärker, ich auch!«

REISEBERICHT ***aus dem digitalen Taka-Tuka-Land Schweden.*** | Von Nadine Strotmann

Menschenleere Weiten, Wälder, bunte Häuschen, Elche, Astrid Lindgrens Erzählungen und freundliche Einheimische – das ist Schweden. Spätestens seit der inszenierten Corona-Krise gilt das skandinavische Land mit seinen gerade einmal zehn Millionen Einwohnern als Kleinod westlicher Freiheitsphantasien. Mittlerweile kennt jeder jemanden, der in dieses Land auswandert ist. Auf der Suche nach Freiheit, nach Selbstbestimmung – fern der Heimat.

Die Schweden lächeln. Hier sind die Menschen nicht traumatisiert. Während der Corona-Zeit gab es hier keine Zwangsmaßnahmen wie in vielen anderen europäischen Ländern. Hier wurden die Menschen nicht von der eigenen Regierung unterworfen und über Monate eingesperrt und mit Impf-Propaganda bombardiert. Sie wurden verschont. Auch die Energiekrise trifft sie nicht annähernd so hart wie uns Deutsche. Die schwedische Regierung setzt verstärkt auf Atomkraft, hat sich zu Teilen aus dem europäischen *Green Deal* verabschiedet. Bestehende Migrationsprobleme, die vor allem in den Städten für Unruhe sorgen, sollen ab Herbst vom neuen konservativen Bündnis angegangen werden. Bereits 2021 hat die schwedische Regierung Pubertätsblocker verboten, und *Gendern* war hier vor fast zehn Jahren ein Thema, als ein geschlechtsneutrales Pronomen eingeführt wurde. In Schweden scheint die Welt noch in Ordnung zu sein.

ÜBERALL IST BÜLLERBÜ

Auf meiner Tour mit meinem Camper durch Südschweden suche ich nach Traditionen und Gebräuchen, suche das Land in seiner Ursprünglichkeit. Das alles finde ich auf dem Land, fernab der Großstädte. Auf den ersten Blick bestätigen sich viele Erzählungen. Die Wälder sind saftig grün, die Strände leer, es liegt kein Müll in der Natur. Selbst das Autofahren ist gemütlich, Raser scheinen ausgestorben. Entlang der Küste erinnern mich die alten Dörfer an meine eigene Kindheit – an die Erzählungen Astrid Lindgrens. Die Häuser sind klein, mit Holz verkleidet, mal in blau, gelb oder dunkelrot gestrichen und obwohl Wind und Sonne Spuren hinterließen,



Pipi Langstrumpf, ein Idol fast aller Herrschaftskritiker, Freiheitsfreunde und Kinder, bewohnte bekanntermaßen die »Villa Kunterbunt«. Foto: Nadine Strotmann

trotzen sie den langen Wintern und kurzen Sommern. Vor jedem Haus steht eine Bank, und zur freien Zeit hocken dort die Einwohner beisammen und schnacken. Wer am Abend noch schnell ein kühles Bad im Meer nimmt, schwingt sich mit seinem Bademantel aufs Rad – das ist wohl *Lagom*, der schwedische Lebensstil. Alles ist entspannt. Vielleicht sehe ich auch deswegen in jedem kleinen Ort etwas Bullerbü. – Doch die vermeintliche Freiheit der Schweden ist trügerisch.

SCHWEDISCHE FREIHEIT IST TRÜGERISCH

Im Alltag bemerke ich, dass die Schweden sehr vielen Kontrollen unterliegen. An den Stränden prangen Schilder von Verboten. Als ich mir einmal erlaubte, mit meinem kleinen Hund an der Leine einen leeren Strand zu betreten, wurde ich sehr deutlich vom einzigen Herrn des Platzes verwiesen. Und während ich über das Land tuckere und Elchschilder zähle, fallen mir die vielen Warnschilder vor Blitzern auf. In jedem kleinen Dorf gibt es etliche, so viele habe ich noch nie zuvor gesehen. Beim Tanken ist das Zahlen per Kreditkarte am Automaten normal, ebenso wie beim Eismann oder im Kiosk. Hier bezahlt kaum noch jemand mit Bargeld – das mobile Telefon hat überall Empfang, denn 5G ist fast Standard. Selbst der Bauer, der seine Marmelade in alten Holzregalen vor dem Haus zum Verkauf anbietet, hat sein Pay-Pal-Konto auf ein Pappschild geschrieben. Ich gehöre als Bargeld-Fan eindeutig zu den Seltsamen. Das freiheitliche Jedermannsrecht in Schweden hat auch eingebüßt. Es besagt, dass jeder in der freien Natur zelten darf, wo er mag. Eine wunderbare Sache! Doch im Gegensatz zu früheren Erzählungen, werden Camper kaum noch toleriert. Während ich auf einer gepflasterten Lichtung vor einem Strandzugang nächtigte, erlebte ich meine blau-gelbes Wunder. Am nächsten Morgen klebte ein handgeschriebener Zettel an meiner Windschutzscheibe. Ich wurde auf mein Vergehen sehr deutlich hingewiesen. Auch in den Schweden steckt offensichtlich viel Deutsches. Wer sonst kann so schön andere korrigieren? Der ausgeprägte Gemeinschaftssinn der Schweden ist Teil ihrer Kultur. Vielleicht auch, weil er immer wieder mit öffentlichen und privaten Reglementierungen eingefordert wird.

Während ich meine Reise genieße, stellt sich bei mir zeitgleich ein unterschwellig ungutes Gefühl ein. Was, wenn die Schweden schon so weit in ihrer digitalen (Überwachungs-) Struktur vorangeschritten sind, dass sie deshalb gar keine Plandemie brauchten, um das Volk gefügig zu machen? Was, wenn die Schweden schon längst akzeptiert haben, dass sie gläsern sind? Was, wenn die Schweden aufgrund ihres ausgeprägten Gemeinschaftssinns und dem großen Vertrauen in die eigene Regierung *per se* folgsam sind? Wer hier den Schalter in Richtung *Social-Credit*-System umlegt, wird aufgrund der bestehenden Infrastruktur und der Akzeptanz des Volkes schnell erfolgreich sein.

Mit jedem Kilometer Distanz zu meiner geliebten Heimat Deutschland wächst die Erkenntnis, dass wir viel zu verteidigen haben. Und dass wir bereits viel erreicht haben. So obrigkeitshörig der Deutsche auch sein mag, ebenso unbeugsam und stur kann er sein.

Morgen fahre ich in Astrid Lindgrens Taka-Tuka-Land und besuche die Villa Kunterbunt. Schon jetzt weiß ich, was ich von dieser Reise mitnehmen werde. Wie sagte bereits mein großes Vorbild Pippi Langstrumpf: »Der Sturm wird stärker. Ich auch.«



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redakttionsmitglied und Marketingfachfrau.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

MUT ZUR VERWEIGERUNG

Wenn das, was uns die letzten drei Jahre angetan wurde, ein »irrer Diktator« in Nordkorea seinen Bürgern angetan hätte – Staatsterror, Sabotage der öffentlichen Infrastruktur und Energieversorgung, Inszenierung von Putschen und gezielte Aufrüstung faschistischer Milizen von Nachbarländern für einen Krieg mit einer Atommacht, massenmediale Manipulation im orwell'schen Maßstab, Einsperren, Schikanieren, Verhetzen und zu einer experimentellen Impfung zwingen, von der die Zulassungsbehörden schon im Vorfeld wussten, dass sie nicht nur nutzlos, sondern obendrein schädlich bis tödlich ist und diese dann auch eine Übersterblichkeit im zweistelligen Prozentbereich produziert, wegen eines Virus, dessen Gefährlichkeit unter derjenigen der Grippe liegt, bei gleichzeitigem »Verschwinden« der Grippe ... – ich bin mir sicher, dass in den USA und allen anderen »zivilisierten« Ländern umgehend wieder der Ruf nach Bombardierung und Sturz eines solchen Regimes laut geworden wäre.

Trotzend allem Gegenwind hat der *DW* in den letzten Jahren Bedeutendes geleistet. Inmitten weitgehender Umnachtung konnte man hier die Stimmen kluger und rückgratstarker Menschen vernehmen. Nicht wenige hat dies vor dem Verzweifeln (auch am eigenen Verstand) bewahrt und ihnen Mut zum Durchhalten und zum Verweigern der Katastrophenimpfung gemacht.
– Herbert B., Hamburg

REGIERUNGSAGENT SCHREIBT DER REDAKTION

Arschloch! Du dreckiges Nazischwein! Ich warte morgen vor Deiner Haustür auf Dich und schneide Deine Eier mit der Rasierklinge in Streifen ...
– von genickschuss@jetzt.de (Anm.: »Morgen« war niemand bei »Du« vor der Haustüre.)

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

WOLLEN WIR DAS?

Ein Bild der Gegenwart **|** Von Ernst Wolff



Es gibt »die« und »uns«: Schild auf einer Demonstration der Demokratiebewegung. Foto: Georgi Belickin

Man stelle sich die Welt als einen riesigen Wohnblock vor. Er gehört einer ultrareichen Familie, die in einem Penthouse oben auf diesem Block wohnt. Diese Familie leistet sich von den Mieteinnahmen ein Luxusleben, lässt aber den Block verkommen, so dass die Lebensverhältnisse der Mieter immer unerträglicher werden.

Schließlich regt sich starker Unmut. Erste Mieter organisieren sich und stellen Forderungen, doch die ultrareiche Familie stellt sich taub. Immer mehr Mieter protestieren und schließen sich zusammen, für die Familie wird die Situation bedrohlich.

Aus Angst, die Kontrolle zu verlieren, fasst die Familie einen Plan: Statt den Forderungen ihrer Mieter nachzukommen, installiert sie im ganzen Block Lautsprecher und warnt die Mieter ab sofort Tag und Nacht vor einer ansteckenden Krankheit mit furchtbaren Konsequenzen. Um den Druck zu erhöhen, kontaktiert die Familie zwei im Block wohnende Wissenschaftler und trifft mit ihnen eine Abmachung: Dafür, dass sie die Gefährlichkeit der Krankheit in einem Gutachten belegen, wird ihnen sechs Monate lang die Miete erlassen.

Tatsächlich verunsichert das Gutachten die Mieter und macht ihnen Angst. Die Familie nutzt das umgehend aus und fordert sie auf, Kontakte zu vermeiden, gesundheitliche Regeln zu befolgen und vor allem: solche Nachbarn zu melden, die sich nicht an die Regeln halten. Als die Familie für jede Meldung auch noch einen dreimonatigen Mietnachlass gewährt, blüht das Denunziantentum im Block auf, der Zusammenhalt der Mieter zerfällt.

IRGENDWAS IST IMMER

Mit der Zeit zerfällt jedoch auch das Narrativ von der ultragefährlichen Krankheit. Um ihr Luxusleben dennoch weiterführen zu können, setzt die Familie nun auf eine andere Strategie. Unter dem Vorwand, ihre Mieter zu mehr Umweltbewusstsein erziehen zu wollen, erhöht sie die Mieten für Garagenparkplätze und die Nebenkosten. Außerdem erklärt sie, dass vorerst keine Reparaturarbeiten am Block vorgenommen werden können, da die Handwerker zu viel CO2 verursachen.

Darüber hinaus lässt die Familie über Lautsprecher ständig auf die Gefahren hinweisen, die die ansteigende Erderwärmung mit sich bringt. Nach einiger Zeit wird jeder Mieter aufgefordert, eine *App* zum Nachweis des eigenen CO2-Abdrucks bei sich zu führen. Fällt dieser Abdruck zu hoch aus, wird ein Aufschlag auf die Miete fällig. Außerdem werden den Mietern für das Melden von Nachbarn, die durch zu hohen Energieverbrauch auffallen, erneut Mietnachlässe gewährt.

DAS TOTALE KONZERNLEBEN

Die Lebensverhältnisse der Mieter werden infolge der Maßnahmen immer unerträglicher. Die Familie aber hat inzwischen erkannt, dass sich mit dem Klimaschutz sogar noch zusätzliches Geld verdienen lässt: Sie investiert in ein *Start-Up*-Unternehmen, sichert sich Patente auf Laborfleisch und verkündet, dass die Mieter wegen des hohen Methan-Ausstoßes von Nutztieren auf natürliches Fleisch verzichten müssen.

Schon bald brechen für die Familie goldene Zeiten an. Sie verdient nicht nur über die Mieteinnahmen, sondern mittels ihrer Lizenzen an jedem Stück Kunstfleisch, das bei ihren Mietern auf den Tisch kommt.

Als die Unzufriedenheit der Mieter erneut zunimmt, wendet sich die Familie an drei Lehrer, die im Block wohnen und schließt mit ihnen unter dem Siegel der Verschwiegenheit ein Abkommen: Sie erlässt ihnen die Miete dafür, dass die Lehrer im Gegenzug eine Kampagne zur »Rettung des Planeten« starten und den Mietern erklären, dass jeder Widerstand gegen die Maßnahmen für die Gesamtheit der Mieter lebensbedrohlich ist und sie bei Zuwiderhandlung mit einer umgehenden Räumungsklage rechnen müssen.

NA, WIE WÄR'S?

Kann es sein, dass sich unsere Welt momentan auf dem gleichen Weg befindet wie dieser Wohnblock? Dass wir alle uns wie die Mieter in dieser Geschichte von einer winzigen Minderheit und den von ihr gekauften Mitläufern gängeln und ins Unglück führen lassen?

Sollten wir uns in dieser Situation nicht alle daran erinnern, dass es einzig und allein *an uns* liegt, Denunzianten und Kollaborateure auszugrenzen? Dass es *unsere* Entscheidung ist, uns zusammenzuschließen und denen endlich nein zu sagen, die uns ständig bevormunden, entmündigen und schrittweise enteignen?

Die Zeit dafür ist mehr als reif.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022)

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net. *Wir danken Kollegen und Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.*

MELDUNG

LETZTER PLATZ FÜR DEUTSCHLAND

Washington/DW. Die Rezession ist da, aber nur in Deutschland. Der Internationale Währungsfonds gab am 26. Juli 2023 bekannt, dass nach seinen Prognosen die Deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 um 0,3 Prozent schrumpfen werden. Die Volkswirtschaften Großbritanniens, der USA, Chinas aber auch der Russlands hingegen wachsen laut Daten der internationale Finanzinsitution. Deutschland schneidet laut IWF von allen großen Industrienationen der Welt am schlechtesten ab. (hes)

REZESSION GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN

Berlin/DW. Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck schwörte die Bevölkerung am 26. Juli 2023 auf harte Zeiten ein. »Wir haben eine starke Transformationsphase vor uns«, so der Bündnisgrüne im Interview der regierungsnahen Sendung tagesthemen. Diese werde noch »bis zum Jahr 2030« andauern. Deutschland werde so lange benötigen, um sich von der abrupten Entkoppelung von russischen Rohstoffimporten zu erholen. Sorgen, dass mit schwächelnder Wirtschaftskraft, auch der Lebensstandard der Menschen in Deutschland sinken werde, bezeichnete er als »German Angst«. (hes)

PLÄNE FÜR DIGITALES ZENTRALBANKGELD

Basel/DW. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), welche die internationalen Zentralbanken in sich versammelt, stellte in ihrem Jahresbericht 2023 vom Juni 2023 vor, wie ein digitales Geld in Zukunft nach ihren Plänen aussehen wird. Die einflussreiche Organisationen stelle eine »Blaupause« für die maßgeblichen Finanzakteure zur Verfügung, so der Finanzexperte Nobert Häring auf apolut.net. »Anstatt Kontensperrungen durch private Banken, die (vermeintlich) gefährlichen Menschen und Menschengruppen immer wieder umgehen, wäre es in dem neuen System (der BIZ) möglich, jegliche Geldtransfers auf von diesen geführte Konten zu unterbinden.« (hes)

ÖKOBILANZ NEGATIV

Ameland/DW. Vor der niederländischen Küste brach am 26. Juli 2023 an Bord eines Frachtschiffs, das mit Personenkraftwagen beladen war ein Feuer aus. An Bord befinden sich laut Angaben der Rederei 2.857 Autos mit Diesel- und Otto-Motoren sowie 25 Eletroautos. Die Feuerwehr geht davon aus, dass sich ein E-Auto entzündet hatte und den Großbrand entfachte. Bei Redaktionsschluss kämpfte man immer noch mit den Flammen. Die hochentzündlichen Elektroautos sind laut Expertenangaben schwer zu löschen, da ihre Motoren besonders gegen Wasser abgeschirmt sind und Löschwasser so nicht an die Flammenherde gelangen kann. Bei dem Brand gab es 23 Verletzte. Einige Besatzungsmitglieder des Frachters waren in ihrer Flucht vor den Elektroflammen aus 30 Meter Höhe von der Reling ins Meer gesprungen. (hes)



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

KLEBEN AN DER BÜROKRATIE

Die SuedLink-Stromtrassen werden nicht gebaut, weil die Genehmigungsverfahren nicht vonstattengehen. Immerhin: 17 von 700 Kilometern wurden genehmigt! Windräder werden nicht gebaut, weil die dafür notwendigen Schwertransporte weder *in time* bearbeitet noch genehmigt werden. Ein Segen für die Natur?

Deutschland, ehemals das Land der Dichter und Denker, ist über die Jahrzehnte zunehmend zu einer überbürokratisierten, grünen Bananenrepublik verkommen. Und wer isst schon gerne eine grüne Banane? Das absolute Top ist dabei im Moment sicherlich die deutsche Bundesregierung. Obwohl die halbe Welt lacht, ist es nicht lustig. Missbrauchen sie doch in einem noch nie dagewesenen Umfang sämtliche Bürger und insbesondere jene Generation, welche eigentlich eines Tages für unsere Zukunft die Verantwortung übernehmen soll.

Anstatt den jungen Menschen echte Möglichkeiten zu schaffen, werden sie dazu motiviert, sich ohne echtes Wissen für sinnlose Agenden auf die Straße zu kleben. Ja, vielleicht ist das etwas überzogen formuliert aber in der Sache auf den Punkt gebracht. Erst unter die Maske gezwungen, dann in die Klimaangst getrieben – was kommt als Nächstes? Das fehlende gute Ausbildungskonzept und die Lügen der Medien machen es möglich. Die Jugend – im guten Glauben – macht mit und lässt sich vor den Karren spannen. Für alles Geld, nur nicht für das eigene Volk. Versagen oder Vorsatz? Die Frage muss gestellt werden, beantworten darf sie jeder selber. Solange Barbie mehr Zuschauer in die Kinos lockt als Oppenheimer, wird dieser Zustand wohl so bleiben.

Wahrhaft geniale Lösungen präsentiert dem deutschen Mittelstand einstweilen unser Herr Bundesfinanzminister Lindner: Sozialhilfeempfänger möchte er »in Arbeit bringen«, mit 63 in Rente zu gehen, gefällt ihm nicht, und mehr als das abgedroschene Wort »Entlastungspaket« fällt dem Finanzgenie auch im Jahr 2023 nicht ein. Sechs Milliarden »Entlastung« im Jahr, durch alle möglichen »Maßnahmen« und »Impulse«. Ganz bestimmt wird das verbessern, was die Regierungen mindestens seit der Ära Kohl, über Schröder und Merkel hinweg bis dato angerichtet haben. Dies als schleichende Enteignung und Wohlstandsvernichtung zu bezeichnen, ist allzu gelinde ausgedrückt. Mittelstandsvernichtung passt schon eher.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Demokratische Schilderaktion am 17. Juli 2023 in Oschersleben. Der Countdown läuft. Foto: Videostill

»AN DIE GENERALBUNDESANWALTSCHAFT BEIM BUNDESGERICHTSHOF«

STRAFANZEIGE eingereicht am 23. Juli 2023 von Uwe Kranz und Marianne Grimmenstein

Strafanzeige wegen Hochverrat am Deutschen Volk gemäß Paragraph 81 Absatz 1 und Paragraph 83 Absatz 1, wegen Verletzung der Garantenstellung gemäß Paragraph 13 Absatz 1 des Strafgesetzbuches und wegen Verstoßes gegen Paragraph 7 Absatz 1 Nr. 2 Völkerstrafgesetzbuch »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« und (globalem) Völkermord gemäß Paragraph 6 Absatz 1 Nr. 3 Völkerstrafgesetzbuch sowie aller in Betracht kommender Delikte

gegen die Fraktionsvorsitzenden der »Ampel-Koalition« und Bundesregierung gestellt und zwar im Einzelnen gegen:

1. Herrn Dr. Rolf Heinrich Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

2. Frau Katharina Dröge, Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

3. Frau Britta Haßelmann, Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

4. Herrn Christian Dürr, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

5. Herrn Olaf Scholz, Bundeskanzler, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin

6. Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit, Friedrichstr. 108, 10117 Berlin sowie alle weiteren Mitglieder der Bundesregierung [...]

ZUM HINTERGRUND

Zum Hintergrund zählen die zahlreichen Empfehlungen der WHO der letzten Jahre, die sich mit der Zeit schädlich erwiesen haben und die Regierung trotz dieser Erkenntnis nicht beendet hat. In diesem Zeitraum haben sich die 194 Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) am 1. Dezember 2021 auf den Beginn des Prozesses der Ausarbeitung und Aushandlung eines Übereinkommens, einer Vereinbarung oder eines anderen internationalen Instruments im Rahmen der Satzung der Weltgesundheitsorganisation zur Stärkung der Pandemieprävention, -vorsorge und –reaktion (Internationaler Pandemievertrag CA+) und auf die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) geeinigt. Die beiden Entwürfe sollen bis Januar 2024 unterschriftsreif dem WHO-Generaldirektor vorgelegt und bei der 77. Sitzung der Weltgesundheitsversammlung 2024 verabschiedet werden.

Der Internationaler WHO-Pandemievertrag (CA+) braucht zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit. Die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) können mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Die IHR unterliegt nach der Annahme einer 10-monatigen Konsultationsperiode. Der Internationale WHO-Pandemievertrag (CA+) braucht zum Inkrafttreten nur die Ratifizierung von 30 Staaten von den 194 Mitgliedsstaaten. Die beiden Übereinkommen werden danach völkerrechtlich verbindlich sein. Zu den beiden Übereinkommen liegen schon vorläufige Fassungen vor. [...]

Die Ampel-Fraktionen unter der Führung der Bundesregierung haben am 9. Mai 2023 einen Entschließungsantrag zu Gunsten der WHO in den Bundestag eingebracht, um den Bundestag darüber abstimmen zu lassen, ob Souveränitäts- und Freiheitsrechte der Bundesrepublik Deutschland an die WHO im Namen des Schutzes der Gesundheit abgegeben werden sollten.

Der Bundestag hat dem Entschließungsantrag am 12. Mai 2023 zugestimmt. Damit kann der Vertreter der Bundesregierung bei der 77. WHO-Konferenz im Mai 2024 ohne weitere Mitwirkung des Bundestages den Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften und der Annahme des neuen Internationalen Pandemievertrags (CA+) zustimmen. Der Internationale Pandemievertrag (CA+) muss danach vom Bundestag noch ratifiziert werden.

Mit dem Vorliegen des Entschließungsantrags vom 9. Mai 2023, ohne die Abgeordneten über die Grundgesetzwidrigkeiten der beiden Verträge aufzuklären, obwohl die vorläufige Fassung der beiden Verträge vor der Abstimmung schon vorlagen, und mit der Übertragung des Verhandlungsmandat an die EU für die beiden Verträge, ohne den Bundestag darüber zu informieren und so die Zustimmung des Bundestages dafür einzuholen, haben die vier Vorsitzenden der Ampel-Fraktionen Dr. Rolf Mützenich, Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Christian Dürr den Versuch unternommen, die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern.

Der Bundeskanzler Olaf Scholz, der Bundesgesundheitsminister Dr. Prof. Karl Lauterbach und die weiteren Mitglieder der Bundesregierung sind durch die Garantenstellung dafür mitverantwortlich. Die Bundesregierung und die Fraktionsvorsitzenden der Ampel-Fraktionen beweisen damit, dass sie nicht nur die parlamentarische Willensbildung durch die gewählten Volksvertreter, sondern auch den Föderalismus und das geltende Subsidiaritätsprinzips missachten. [...]

Damit es nicht dazu kommt, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Souveränität und Handlungsfähigkeit verliert und die Bevölkerung unter solche Lebensbedingungen gestellt wird, die geeignet sind, ihre Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen, ist dringend Handeln geboten. Es wird gebeten, Ermittlungstätigkeiten aufzunehmen und uns von dem Ergebnis der Ermittlungen zu informieren.«

Diese Strafanzeige wurde am 23. Juli 2023 bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe vom ehemaligen Direktor des LKA-Thüringen, Uwe Kranz und der Musikerin Marianne Grimmenstein eingereicht. Wir veröffentlichen sie Auszugsweise zur zeitgeschichtlichen Dokumentation.

Das gesamte, ausführliche Dokument ist auf der Internetseite der demokratischen wissenschaftlichen und ärztlichen Vereinigung mwgfd.org *einsehbar.*

ANGRIFF AUF DIE KRIMBRÜCKE

Russland beschuldigt USA und Großbritannien einer direkten Beteiligung. | Von Felix Feistel

In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 2023 kam es gegen drei Uhr morgens Ortszeit zu mindestens zwei Explosionen an der Kertsch-Brücke, welche die Krim mit dem Festland verbindet.

Der Gouverneur der Krim, Sergei Aksjonow, sprach von einer Notsituation und erklärte, der Autoverkehr auf der Brücke sei gesperrt worden. Fotos, die im Internet kursierten, zeigten, das ein Teil der Fahrbahn abgesackt war. Die Eisenbahnstrecke hingegen soll nicht beschädigt worden sein und der Eisenbahnverkehr soll kurze Zeit später wieder aufgenommen worden sein.

Bei den Explosionen starb ein Ehepaar, das die Autobrücke befuhr. Ihr 14-jähriges Kind, das sich ebenfalls in dem Auto befand, wurde in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht und überlebte. Wjatscheslaw Gladkow, Gouverneur des russischen Gebiets Belgorod sicherte dem verwaisten Mädchen Unterstützung zu.

DROHNENKRIEG VON UNTEN

Wie später bekannt wurde, handelte es sich bei den Explosionen um einen Angriff des ukrainischen Geheimdienstes (SBU), der mit unbemannten sogenannten Unter- und Überwasserdrohnen ausgeführt worden seien soll. Der ukrainische Geheimdienstchef des SBU, Wassyl Maljuk, räumte kurze Zeit nach der Explosion die Beteiligung Kiews ein. Zudem erklärte ein Sprecher des SBU gegenüber verschiedenen Medien, dass die Ukraine weitere Details des Angriffs nach einem Sieg der Ukraine offenlegen werde.

Unter- und Überwasserdrohnen waren der Ukraine zuvor von Großbritannien geliefert worden, das zudem das ukrainische Militärpersonal für den Einsatz der Drohnen ausbildete. So deutete der stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski, noch am selben Tag vor den Vereinten Nationen an, dass westliche, insbesondere britische Geheimdienste an dem Angriff beteiligt sein könnten. Er fügte hinzu, dass, es »keine Verurteilung dieses Terrorakts« seitens der westlichen Unterstützer Kiews gegeben habe. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums bezeichnete diesen Vorwurf als »unbegründete Spekulation«.

RUSSLAND SPRICHT VON STAATSTERRORISMUS

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, erklärte auf der Kurznachrichtenplattform Telegram: »Die Entscheidungen werden von ukrainischen Offiziellen und Militärs unter unmittelbarer Mitarbeit US-amerikanischer und britischer Spezialdienste und Politiker getroffen« und fügte hinzu, die USA und Großbritannien »steuern eine terroristische, verstaatlichte Struktur«, womit sie sich auf die Regierung der Ukraine bezog. Russland stufte den Angriff als ukrainischen Terroranschlag ein, mit der Folge, dass das russische Antiterror-Komitee ein Strafverfahren einleitete.

KRIMBRÜCKE HÄUFIGES ZIEL

Bereits eine Woche zuvor, am 9. Juli 2023 hatte das russische Verteidigungsministerium von einem Angriffsversuch auf die Brücke berichtet. Dieser soll demnach mit auf Bodenziele umgerüsteten Flugabwehrraketen vom Typ S-200 unternommen worden und abgewehrt worden sein. Auch im vergangenen Oktober 2023 gab es einen seinerzeit erfolgreichen Anschlag auf die Brücke, als eine Autobombe explodierte und die Fahrbahn beschädigte. Die Kertsch-Brücke wird russischen Angaben zufolge schon länger nicht mehr für den Transport von Militärtechnik genutzt. Einen militärischen Nutzen hätte der Anschlag demnach also nicht gehabt.

Als Reaktion auf den Angriff nahm Russland ukrainische Häfen unter Beschuss, die nach dem Auslaufen des Getreideabkommens am 17. Juli 2023 wieder zum Ziel für Angriffe werden. Mehrfach wurde die Stadt Odessa beschossen, wobei russischen Angaben zufolge militärische Infrastruktur zerstört worden seien soll. So berichtete das russische Verteidigungsministerium von der Zerstörung eines Werkes nahe der Hafenstadt Odessa, in dem Wasserdrohnen produziert worden seien sollen. Auch sollen in der Nähe der Städte Nikolajew und Odessa Treibstofflager zerstört worden seien, welche das ukrainischen Militär mit Treibstoff versorgt hatten.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

EU geht mit der Karibik baden

Immer mehr Staaten wenden sich vom Nato-Westen ab. | Von Felix Feistel

Am 17. und 18. Juli 2023 fand das insgesamt dritte Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs von 33 Ländern der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) mit ihren Amtskollegen der EU in Brüssel statt. Es war das erste Treffen dieser Art seit acht Jahren.

Das Treffen sollte nach EU-Plänen ein Zeichen an die russische Regierung senden, dass die Welt als Ganzes das russische Vorgehen verurteile. Bei diesem Anliegen machten die Staaten der CELAC den EU-Plänen allerdings einen Strich durch die Rechnung.

Schon im Vorfeld des Treffens hatte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez der EU »fehlende Transparenz« und »manipulatives Verhalten« in Bezug auf den Gipfel vorgeworfen. In einem auf der Nachrichtenplattform Twitter (jetzt X) veröffentlichten Video erklärte er: *»Man versucht, einschränkende und spaltende Formate durchzusetzen, die direkte und transparente Gespräche unmöglich machen könnten. Man habe vor, der Presse und der öffentlichen Meinung Inhalte der Debatten zu verheimlichen.«*

Er führte weiter aus, dass Brüssel einseitig »Parallelforen« mit einzelnen Vertretern lateinamerikanischer und karibischer Staaten eingeführt habe, die abseits des eigentlichen Gipfeltreffens abgehalten wurden. Dies sei respektlos und schaffe Bedingungen für einseitige Attacken auf einzelne Länder der CELAC.

SELBSTBEWUSSTSEIN IN DER MULTIPOLAREN WELT?

Die EU bereitete außerdem im Vorfeld eine Abschlusserklärung vor, die einen langen Passus zur Unterstützung der Ukraine enthielt. Dabei war unter anderem von einem »Krieg gegen die Ukraine« die Rede, Russland wurde die alleinige Kriegsschuld zugewiesen.

Die Vertreter der CELAC legten ihren eigenen Entwurf vor, der diesen Passus nicht enthielt. Zudem forderten die CELAC-Länder die europäischen Staaten unerwartet auf, Reparationen für die Zeit des Kolonialismus und die Sklaverei zu leisten. Im Wortlaut stand in dem CELAC-Entwurf: »Wir erkennen an, dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Würde der Opfer [des transatlantischen Sklavenhandels mit den Menschen aus Afrika] wiederherzustellen. Dazu gehören auch Reparationen und Entschädigungen, die dazu beitragen, das kollektives Gedächtnis zu heilen und die Hinterlassenschaften der Unterentwicklung zu beseitigen.« Dies wiederum wollte die EU nicht akzeptieren. So kam keine gemeinsame Abschlusserklärung zustande. Das hielt die EU nicht davon ab, ihrerseits eine einseitige Erklärung herauszugeben, die den Anschein einer gemeinsamen Erklärung erweckte. Daraufhin erklärte die Regierung Nicaraguas, die sich bereits 2022 klar pro-russisch positioniert hatte:

»Die Regierung der Versöhnung und der nationalen Einheit Nicaraguas informiert unser Volk und die internationale Gemeinschaft, dass sie das, was heute großspurig und fälschlicherweise als Konsenserklärung des dritten CELAC-EU-Gipfels präsentiert wurde, nicht unterzeichnet, gebilligt oder unterstützt hat.« Der Präsident Nicaraguas Daniel Ortega erklärte zudem am Mittwoch nach dem Treffen: »Sie wollten den Faschisten, den Nazi-Präsidenten der Ukraine, zum EU-CELAC-Gipfel mitbringen. Die Europäer drängten darauf, aber die Mehrheit der CELAC-Länder lehnte ab.«

Der Gipfel offenbarte damit die tiefe Uneinigkeit zwischen EU und CELAC. Das Zeichen einer gegen Russland gerichteten Einheit ist vollkommen gescheitert. Die Karibischen und lateinamerikanischen Staaten lehnen die antirussische Politik des Westens offenkundig ab. Nichtsdestotrotz sprach Bundeskanzler Olaf Scholz von einem »Erfolg« und einem »großen „Fortschritt«.

MELDUNG

MASSENWIDERSTAND GEGEN JUSTIZREFORM

Jerusalem/DW. In Israel kam es in dieser Woche erneut zu Massenprotesten mit Hunderttausenden Teilnehmern. Die Regierung um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu brachte am 25. Juli 2023 ihre umstrittene Justizreform mit einer Mehrheit durch das Parlament. In vielen Städten des Landes kam es deshalb zu gewalttätigen Auseinandersetzung von Polizei und Demonstranten. Die Polizei setzte dabei, wie aus im Internet kursierenden Videos ersichtlich ist, Wasserwerfer und Tränengas ein. Die umstrittene Justizreform sieht eine Schwächung der Stellung des obersten israelischen Gerichtshof vor. Dieser soll nach dem neuen Gesetz Regierungsentscheidungen nicht mehr aufheben können, wenn diese nach Meinung des Gerichts gegen die israelische Verfassung verstoßen. Die großen deutschen Konzern- und Regierungsmedien spekulieren derzeit lautstark darüber, ob der oberste Gerichtshof Israels den Parlamentsbeschluss aufheben soll und ob das Land Israel dadurch in eine Verfassungskrise gerät, da sich die unterschiedlichen Sicherheitsorgane des Landes entweder auf Seiten der Regierung oder des Gerichts stellen müssten. (hes)

PATT-SITUATION IN SPANIEN

Madrid/DW. Bei der Parlamentswahl in Spanien am 23. Juli 2023 erlangte die konservative Volkspartei (PP) die meisten Stimmen, sodass diese nun 136 von 350 Sitzen des Parlaments besetzen kann. Damit verfehlte sie jedoch die absolute Mehrheit. Auch mit den 33 Sitzen des möglichen Koalitionspartners, der Partei Vox, kann eine Mehrheit von 176 Sitzen nicht erlangt werden. Die Partei des sozialdemokratischen Amtsinhabers Pedro Sanchez konnte ihre Ergebnisse zwar ebenfalls verbessern, um 2 Sitze auf 122, allerdings stürzte der bisherige Koalitionspartner Sumar auf nur 31 Sitze ab. Eine erneute Regierungsbildung der linksgerichteten Koalition ist damit unwahrscheinlich. Eine große Koalition, wie es sie in ähnlicher Form in Deutschland lange Jahre gab, ist laut Beobachtern unwahrscheinlich. Wie es zu einer Regierungsbildung in dem westeuropäischen Land kommen kann, ist noch unklar. (ff)

VIEL WIND UM PFIZER

Rocky Mount/DW. Am 19. Juli 2023 zerstörte im US-Bundesstaat North Carolina ein Tornado ein Firmengebäude des US-Pharmakonzerns Pfizer. »Das Konzerngebäude wurde durch den Wirbelsturm in der Mitte einfach durchgeschnitten«, so ein Augenzeuge. Verletzte gab es laut Medienangaben keine. In den US-amerikanischen Internetmedien wird der Vorfall als eine Strafe »von oben« für den Pharmagiganten gedeutet. Pfizer ist mit seinen Corona-Genspritzen verantwortlich für massive Gesundheitsschäden und massenhaften Tod weltweit. (hes)

Was hat Julian Reichelt,

Wenn die deutsche Aufklärungs- und Demokratiebewegung es nicht schafft, ihre eigenen M wird sie im alten Apparat aufgehen. | Von Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp

Sicher. Er ist ein gutaussehender Mann, ein *Womanizer.* Der frühere Chefredakteur der Zeitung mit den vier großen Lettern hat das gewisse Etwas. Julian Reichelt kommt gut an.

Der Mann von der *BILD* strahlt aus, er wirkt, er ist populär, er ist erfolgreich. Seine Geschichte als Journalist ist eng mit dem Monopolkonzern Friede Springers verknüpft, der auch weite Teile des Pressevertriebs in der BRD dominiert. Sein Aufstieg verlief ohne Brüche.

Reichelts Karriere machte auch beim Corona-Putsch nicht halt, schließlich wurde dieser von der *BILDs*-Hausmacht CDU/CSU am stärksten von allen Parteien *gepusht*. Reichelt ließ deutsche demokratische Oppositionelle – wie mich – im Jahr 2020 als russische Geheimagenten verleumden. Die Maßnahmen der Corona-Krone konnten ihm gar nicht martialisch genug sein. Er forderte 2021 die Zwangsimpfung, sowohl in Wort als auch in *BILD*.

DIE PARTEI-ZEITUNG

Reichelts Boulevard-Karriere war die typische *BILD*-Laufbahn. Er bekam die üblichen Rügen vom Presserat, war Dauergast bei Anne Will und anderen fassadendemokratischen Inszenierungen der TV-Welt, jene Runden, in denen aufgeführt wird, wie und was diskutiert werden darf, während die Millionen stumm zu Hause vor der Glotze sitzen und in die Röhre schauen. Reichelts Positionen: Immer anschlussfähig zwischen CDU/CSU und FDP, also dem Gros der Anzeigenkunden seiner Zeitung.

Das Blatt aus dem Springer-Konzern hielt sich. Da konnten Investigativjournalisten wie Günter Wallraff noch sehr und noch so zweifelsfrei aufdecken, was *BILD* im Innersten zusammenhält. Des Pudels Kern der Springer-Presse sind der alliierte Kontrollrat, transatlantische Großkonzerne, Parteiseilschaften und die Nato.

Trotz all der zuckrigen Seilschaften hatte Reichelt es, wie jeder *BILD*-Chefredakteur, mit der einen oder anderen Palastrevolte im eigenen Hause zu tun. Die Ränkespiele fielen teils sehr unfair aus, gingen unter die Gürtellinie. Reichelt wurde schließlich abgesägt. Und zwar in dem Moment, als die Corona-Lüge ohnehin nicht mehr zu halten war. Die unvermeidliche Abspaltung musste quasi als schmuddeliges Marktsegment moderiert werden.

DER JULIAN UND ICH

Warum sich überhaupt an Julian Reichelt abarbeiten? Nun, ich – oder besser: Wir, die Journalisten, Verleger und Gründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020, schreiben hier mal gemeinsam in der Ich-Form, denn wir lieben Kooperation und Klarheit.

Ich habe gar nichts weiter gegen die Person Julian Reichelt, irgendwie mag ich ihn sogar. Aber an Julian Reichelt als öffentlicher Figur und Blattmacher lässt sich etwas zeigen, ein Grundproblem, das wieder in die deutsche Öffentlichkeit einzieht, ja in die Gegenöffentlichkeit, die Chancen hätte, die Hausmacht zu übernehmen – und dass die Friedens- und Demokratiebewegung zerstören wird, wenn es keine Reaktion von Ihnen gibt, ja, Sie sind gemeint!

Julian Reichelt kann und muss es aushalten, dass ich mich mit diesem einen Text beispielhaft an ihm abarbeite. Denn er ist kein Arzt, der sich mal ein paar Monate als Journalist ausprobiert und keine Aktivistin, die sich in einem sentimentalen Moment mit Sophie Scholl identifiziert und dafür kampagnenhaft massakriert wird.

Nein, Reichelt weiß, wie diese Kampagnen funktionieren, wie sie aufgebaut und durchgeführt werden. Das war zwei Jahrzehnte lang sein Business, die Kernkompetenz aller *BILD*-Macher, das einzige Alleinstellungsmerkmal, dass diese *Tabloid*-Zeitung von anderen unterscheidet wie etwa der Hamburger Morgenpost. So richtig gemein und unerbittlich zu Werke zu gehen, Figuren aufzubauen und abzuschießen.

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte, »zum Regieren brauche ich nur *BILD*, BamS und Glotze.« Heute braucht es noch etwas mehr und zwar *Bild*, Bams, Glotze und Internet. Spät, aber doch, bemerkten Berufspolitiker und der dahinterstehende Apparate aus Konzernoligarchen und blauen Krawatten, dass sie im Internet weniger gut dastehen, als sie sich in den Konzern- und Staatsmedien darstellen lassen. Das war etwa um das Jahr 2010 herum. Sachte wurde in den Parteizentralen das Faxgerät durch ein erstes Modem ersetzt.

Als klar wurde, dass es nicht reicht, eingeloggt zu sein, wurden neue Abteilungen in den Parteizentralen aufgebaut. Als klar wurde, dass man diese besser nicht mit den üblichen inkompetenten Parteisoldatinnen (m/w) besetzt, die man auch in die Parlamente und Ministersessel setzt, wurde Geld in die Hand genommen und parteilose Profis eingestellt.



Am 1. August 2022 akklamierte das anwesende deutsche Volk den Fünf-Punkte-Plan (vgl. Seite 2) der neuen

Ich habe zu diesen und anderen Themen ein Jahrzehnt lang gearbeitet und die Wahrheit ans Licht geholt.

Mein Branchenkollege Julian Reichelt ist genau solch ein Gewächs: Seine Aufgabe war ein Jahrzehnt lang, die *BILD* und die sie treibenden Kräfte aus Washington, Brüssel und der CDU/CSU-Zentrale in Berlin im Internet wieder dahin zu bringen, wo man sich selber sieht: Als zweifellos stärkste Kraft, die sich die Koalitionspartner aussucht. Dabei immer unter der Prämisse, dass sich dieses Polittheater in einem »Betriebssystem« abspielt, das ohnehin nicht souverän ist.

Denn weder ist ein echter Wechsel, wie etwas der Austritt aus der Nato, in der BRD durch Parteiwahl möglich, noch ist das Internet souverän und unabhängig. Es ging aus dem Arpa-Net hervor. In gewisser Weise sind beides »besetzte Länder«. Aber das steht auf einem anderen Blatt, in der *BILD* jedenfalls nicht.

ACHTUNG, REICHELT!

Als Julian Reichelt in der *BILD* im Jahr 2021 abgeschossen wurde, bot ich ihm sogleich die Stelle als Chefredakteur der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* an. Er müsse einzig Abstriche bei der Bezahlung machen, denn der *DW* kann sich keine großen Gehälter leisten, sondern allenfalls fast sittenwidrig kleine, wie etwa bei der *jungen Welt,* schließlich haben wir keine Friede Springer und keine Anzeigenkunden aus Banken, Rüstung, Konzernen, Parteiapparaten und Industrie in der Hinterhand.

Das Angebot an den damals geschassten Kollegen Reichelt war echt! Eine Antwort meines durchaus ernstgemeinten und postalisch wie elektronisch zugestellten Angebots an Reichelt bekam ich leider jedoch nicht. Das wundert mich nicht. Denn anders als bei *Reitschuster*, der auf natürliche Weise eine Marktlücke erkannte, nicht viel zu verlieren hatte und sich in der gleichgeschalteten Bundespressekonferenz im Jahr 2020 als redlicher und mutiger Kämpfer für Artikel 5 des Grundgesetzes erwies, kam Julian Reichelt spät, sehr spät. Und trotzdem hießen wir ihn willkommen.

In welchen Händen sind jene, die unserem Fahrwasser nun, mit Verlaub, den Reibach machen wollen? Der international anerkannte Journalistikprofessor, Buchautor und fester Autor der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*, Prof. Dr. Michael Meyen, bringt es in der 140. Ausgabe der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* auf folgende Formel:

»Das Geld kommt von einem Milliardär. – Die Seite sieht gut aus, keine Frage. Logo, Farben, Schrift: Alles wirkt aufgeräumt und ausgesprochen seriös. Es gibt ›Nachrichten‹ und ›*Shows*‹. Achtung, Reichelt! zum Beispiel oder Schuler…« Und weiter: »›Niemand versteht die Lebensrealität, den Alltag, die Freuden und Sorgen, die Nöte und Hoffnungen« der Menschen besser, verspricht der [Nius-Chefredakteur Reichelt]‹«, so zitiert Professor Meyen den neuen Reichelt-Gotthardt-Konzern in #DW140.

»›Uns kümmert, was die Menschen kümmert.‹ Er beruft sich dabei auf eine Umfrage, bei der jeweils knapp die Hälfte der Deutschen gesagt hat, das Land sei »nicht mehr demokratisch« und habe »keine Meinungsfreiheit« mehr. Nius wird es richten. « Meyen führt weiter aus: »Die DW-Leser wissen, dass es nicht so einfach ist. Die Öffentlichkeit ist fest im Würgegriff von Digitalkonzernstaat und Parteien. Die großen Zeitungen? Fast durch die Bank bei Familien mit sehr viel Geld. Die Plattformen? Nun ja. Und der Teil des Rundfunks, den wir finanzieren müssen? Puh. *Nius* passt in dieses Bild.«

Für unter anderem diese Zeilen soll Professor Michael Meyen nun übrigens im Auftrag der bayerischen Staatskanzlei, also Markus Söder (CSU), professionelle Probleme gemacht werden. Dabei ist die Wissenschaft frei, sie muss



DW-Leserinnen im Zuge der Woche der Demokratie im Sommer 2022. Foto: Georgi Belickin

das ich nicht habe?

Macher zu tragen,



deutschen Friedens- und Demokratiebewegung vor dem Bundestag. Foto: DW/Georgi Belickin

es ein. Und zusätzlich zu allen diesen Rechtsbrüchen und Unverschämtheiten gegen unseren Autoren Meyen sorgten Büros in München dafür, dass der Unterstützerverein der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* nun erstmals im Inlandsgeheimdienstbericht des Landes Berlin erwähnt wurde.

DW liegen ganze Korrespondenzen aus dem Apparat in München wie in Berlin vor, wie es dazu kam. Das Ergebnis ist geradezu schamhaft: Die Berliner wollten uns eigentlich nicht in den Bericht schreiben, denn wer uns liest, stellt fest, dass wir tatsächlich nur das tun, was wir sagen und schreiben. Der Apparat deligitimiert sich mit Angriffen auf uns nur immer weiter. Der Vorwurf: Das Zentralorgan der dezentralen Friedens- und Demokratiebewegung zu sein. Das alte Missverständnis, dass die Bürger nur das tun, was ihnen gesagt wird. Den freien Willen gebe es gar nicht. Jahrtausende der Menschheitsgeschichte widerlegen aber die Hypothese, die Welt und die Menschen seien determiniert.

Dem *DW* sind entgegen jeden Rechts und Anstandes zwölf Konten (!) und ein Patreon-Account auf politische Weisung hin geschlossen worden. Ich bin für diese Zeitung geschlagen, inhaftiert und gefoltert worden, gegen die Verteilung dieser Zeitung wurden völlig absurde »rote Zonen« ausgerufen und gegen diese Zeitung werden neue und alte V-Leute eingeschleust, nur um sie, um mich weg zu kriegen. Das Regime hat gegen den *DW* in den Jahren 2020 bis heute alles – aber auch alles! – unternommen. Einzig direkte Morde und das Anzünden von Druckereien unternahm des Regime bislang nicht.

Weiter Prof. Michael Meyen: »Frank Gotthardt, der Investor, steht in der Liste der 500 reichsten Deutschen und ist jemand in der CDU. Ich habe mich immer ein wenig amüsiert, wenn ich nach Servus TV gefragt wurde. Meine Antwort: ganz gut, sicher. Wir sollten uns aber nicht den Launen von Milliardären überlassen. Jetzt ist Dietrich Mateschitz tot und sein Kanal [*Servus TV*] verschwindet. Guter Journalismus wird uns nicht von oben geschenkt. Den müssen wir schon selbst machen.« Meine Damen und Herren, liebe Kinder, und damit sind wir wieder beim Thema. Warum ich mich diesmal an Kollege Reichelt abgearbeitet habe? Nun, wie gesagt, nicht, weil ich das haben möchte, was er hat. Ich bin nicht zu kurz gekommen. Ich habe ein so redliches wie intensives, ein sehr erfolgreiches und wahrscheinlich sogar ausgesprochen faszinierendes Leben, über das in der Zukunft wahrscheinlich Bücher geschrieben und Filme gedreht werden.

Nein, es geht mir hiermit darum, dass die zweite, dritte und vierte Reihe der neuen Friedens- und Demokratiebewegung, die sich leider vor allem im Internet abspielt und kaum auf der Straße bei uns Menschen, gerne einmal das anerkennen darf, was ohnehin schon da ist. Es würde schon völlig ausreichen, wenn man etwa in meinem Fall einfach das anerkennen und benennen würde, was ich schon bin, weil ich es tu. Ich bringe es mal auf diese Formel, wenn Sie bitte gestatten:

»Trauen Sie mir bitte zu, das zu machen, was ich ohnehin schon tu!«

Verstehen Sie? – Ich muss nichts mehr beweisen, ich muss mich nicht mehr bewerben, ich muss nicht mehr hoffen, das einmal tun zu können. Ich bin es bereits, ich mache es, es liegt messbar vor.

ZEIT FÜR WIDERSTAND

Muss ich irgendetwas beweisen, mich irgendwo oben andienen, irgendeinem großen Geldgeber gefallen wollen? Nein, das muss ich nicht, denn als Journalist und Verleger, als Kulturschaffender, als Akademiker – und, wenn man so will als Künstler – bin ich nicht den niedergehenden Mächten derer verpflichtet, die viele Nullen auf dem Konto und oft auch in den Redaktionen haben. Sondern der Wahrheit, der Sache, dem 5-Punkte-Plan, den Menschen, die den Anfang gemacht haben, mir selbst, dem Gewissen und vielleicht noch dem Volke, zumindest ein Stück weit.

In welchen Händen der Boulevard-Profi des Springer-Konzerns, Julian Reichelt, ist, ist mir also vergleichsweise egal. Es ist ein freies Land, zumindest sollte es eines sein, und ich gehe davon aus, dass erwachsende Menschen ihre eigenen Entscheidungen treffen, mit wem sie sich ins Bett legen. Das Geheule am Morgengrauen, den »Walk of Shame«, sollte man dann zumindest genießen. Also, viel Erfolg allen Kollegen und herzlich willkommen! Ich bin mir absolut sicher, dass wir füreinander eintreten. Oder?

Ich genieße gerade, wie jene, die mich verleumdeten und niedermachten, auseinanderfallen, darunter zum Beispiel die neofaschistischen Tageszeitungen *Taz* und *Tagesspiegel*. Das sind unsere Konkurrenten mit dem DW, die jeweils riesige Apparate und Party-Money im Hintergrund haben, wir nicht. Roland Tichy, der uns zuletzt fälschlich eine »Kleinzeitschrift« nannte, kenne ich jedenfalls nur dem Namen nach. Vor Jahren habe ich mal ein oder zwei *Online-Talkshows* gelesen. Das Printmagazin des Kollegen habe ich leider noch nie irgendwo gesehen, ich habe davon nur gehört.

Die Achse des Guten ist seit Jahren sehr erfolgreich und kommt auf hohem Niveau daher, aber wirklich Neues hat sie selten zu bieten. Der *Rubikon*, dem ich mich sehr nahe fühlte, ist leider verschwunden, ob die neue Redaktionsleitung namens *Manova* an das alte Niveau anknüpfen kann, ist noch nicht klar, es sieht gerade ganz gut aus. Die Legende *KenFM* wurde leider von der Berliner MABB und dem Google-Youtube-Konzern zensiert, gelöscht und zerstört, ein Skandal, der noch viel zu wenig skandalisiert wurde, insbesondere von jenen, die es als nächstes treffen könnte – siehe oben.

Und es gäbe noch so viele zu nennen und aufzuzählen, unter denen viele gut daran täten, in dieser Situation keine neuen Zitierkartelle zu errichten, lieber weniger neidisch zu sein, lieber weniger zu verschweigen, lieber weniger nur auf Tortendiagramme und *Cashflow* zu starren, sondern Originalqualitäten anzuerkennen und sich kooperativ zu verbinden.

Der Gegner ist ein gemeinsamer Gegner, der die Pressefreiheit auslöschen will. In einer solchen Situation, pienst man nicht rum, sondern verbindet sich mit denen, die die Pressefreiheit verteidigen. Wir tun es von Anfang an, wir bildeten Dutzende Journalisten aus und wir berichten über alle Kollegen, die sich hinauswagen, ja halfen sogar teils mit Geld und Unterstützung bei Prozessen und so weiter und so fort. Also: Ich tu das bereits seit dreieinhalb Jahren konstant und erfolgreich, was andere nur ankündigen oder mit viel Geld »hochsterilisieren« – pardon, kleiner *BILD*-Versprecher.

WIR. SIND. DA.

Damit das so bleibt, schließe ich mich den Aufrufen des großen Aufklärers und Journalisten Kayvan Soufi-Siavash sowie etwa der Schauspielerin Nina Maleika, genannt als eine unter vielen weiteren, an: »Stützt die konzern-, partei- und oligarchenunabhängigen Medien, *online*, wie *offline*!« Denn wenn die deutsche Aufklärungs- und Demokratiebewegung es nicht schafft, ihre Eigengewächse, ihre neuen konzern-, partei- und oligarchenunabhängigen Medien und Macher (w/m) zu tragen, wird sie im alten Apparat aufgehen.

Der *DW* ruft nicht nur aus, eine Zeitung zu machen und sie gedruckt im ganzen Land zu verbreiten, er MACHT sie. Und das seit 3,5 Jahren.



»Der Begriff »Versuchskaninchen« ist absolut unangebracht. Denn es gab ja klinische Studien zu dem [Corona-]Impfstoff. Man wusste, dass dieser keine dramatischen Nebenwirkungen hat. Wir waren also ausdrücklich nicht die Versuchskaninchen. Dieses Wort zu nennen, ist absolut verheerend in einer Phase, in der wir noch wollen, dass mehr Menschen sich impfen lassen.« – Julian Reichelt bei *BILD*-live am 6. September 2021 Foto: Commons

Wir standen und stehen dabei hinter jedem Original, das glaubwürdig für die Aufklärung der Vorgänge in der Welt eintritt. Auf dem DW-Ticket schossen etliche sehr erfolgreiche und teils leider auch wieder schnell verdorrte Nachahmer-Pflänzchen aus dem Boden. Es gab hier- und da auch Konflikte, und zumeist ging es um Neid oder um Sex.

Aber der Boden, auf dem sich das alles abspielte, war immer gewissermaßen »unser« Boden, unser aller Feld der neuen Friedens- und Demokratiebewegung.

Wenn wir nun – *BILD*-lich – mit viel Geld und chemischem Dünger auf gänzlich andere Äcker gelockt werden sollen, ist es Zeit, jedem die Frage zu stellen: Ob er lieber zu den streitbaren Gäulen oder den schlachtreifen Schafen gezählt werden will?

Ich erlaube mir, in eigener Sache zur Unterstützung aufzurufen!

Erstens: Wenn Sie es können und wollen, abonnieren Sie die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* jetzt gleich!

Zweitens: Unterstützen Sie die DW-AKADEMIE mit den Julian-Assange-Runden bundesweit, die am 5. August 2023 in Berlin beginnen, zusammen mit Kayvan-Soufi-Siavash, Jimmy Gerum von Leuchtturm ARD und mir, Hendrik, und mir, Anselm, von der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand den Auftakt macht. Die Demonstration beginnt am Brandenburger Tor um 13 Uhr. Wir grüßen Sie!

Dieser Text erschien auch auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net. Dort ist er als volle Audiostrecke einhörbar.



Die Journalisten und Verleger Anselm Lenz (l.) und Hendrik Sodenkamp (r.) am 1. August 2020 mit #DW14 vor dem Berliner Haus der Kulturen, in dem sie im Jahr 2015 »Das Kapitalismustribunal« vorgestellt hatten (vgl. u.a. Haus Bartleby / Passagen Verlag, Wien 2016). Foto: Louise Lenz

Von den Demonstrationen

Die frankreichweite Revolte ist abgeflaut. Aber unter der Oberfläche brodelt es weiter. Kann sich die fünfte französische Republik noch halten? DW-BERICHT und AUFARBEITUNG in mehreren Teilen von Anselm Lenz aus Clermont Ferrand und Berlin (Teil 2)

Am Morgen des 27. Junis 2023 wird bekannt: Das BRD-Regime wird 755 Millionen Kinderschändermasken verbrennen. Der Grund: Niemand will sie, niemand braucht sie und das Haltbarkeitsdatum sei überschritten.

Angesichts des proklamierten »Maskenmangels« zu Beginn der Corona-»Plandemie« hatte der umstrittene damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) im Frühjahr 2020 mehrere Milliarden Masken gekauft. Dann die Eilmeldung: Am Mittag des besagten Tages wird der 17-jährige Jugendliche Nahel M. bei Paris von teilmaskierten und mit Maschinenpistolen hochgerüsteten motorisierten Inlandstruppen erschossen. Man nennt diese Truppen noch immer »Polizei«.

Frankreich – das französische Volk – reagiert sofort, landesweit und geradezu erruptiv. Es wirken zunächst politisch rechte und linke Gesellschaftsfraktionen. Die Menschen strömen massenhaft empört auf die Straßen. Sogleich heißt es, es werde eine »heiße Nacht« erwartet. Frankreich steht seit vielen Jahren vor der wohl nur gewaltsam möglichen Revolution durch das Volk gegen Nato, EU, Amerikanisierung, EZB, Weltbank, Konzerne, Überwachung und Polizeistaat. Diesen Schluss legt die weltbekannte Autorengruppe »Unsichtbares Komitee« / »Anonym« nahe (zuletzt »Das Konspirationistische Manifest«, S&L, Berlin 2023; zuvor u.a. »Der kommende Aufstand«, Edition Nautilus, Hamburg 2010).

VOM TRAUERMARSCH ZUM RACHEFELDZUG

Die Spontandemonstrationen am 27. und 28. Juni 2023 verlaufen lautstark, aber weitgehend friedlich und zielsicher gegen Polizeigewalt und Verarmungspolitik. Sie richten sich auch gegen die Corona-Lüge mit den Massenschädigungen durch die Injektionen und den bekannter werdenden »WHO-Plandemievertrag«. Doch die Proteste verändern ihre Färbung. Am Abend des 28. Junis brennen bereits Supermärkte, wie etwa eine Lidl-Filiale in Wattrelos (nordfranzösische Stadt bei Lille).



Am 29. Juni demonstrierten an die 100.000 Franzosen in der Pariser Vorstadt Nanterre für den zwei Tage zuvor von Polizisten erschossenen Nahel M. – und gegen eine auf fast allen Ebenen durchdrehende Exekutive. Foto: Ausschnitt QG

Am 29. Juni dann die große organisierte Massendemonstration in der Täterstadt Nanterre, die aus Sicht der Pariser Zentrums hinter »La Defense« liegt, der unbeliebten Bankenstadt mit den wohl unvermeidlichen Phallussymbolen, die seit Jahrzehnten unbedingt alle Kirchen- und Kunstbauten zu überragen haben. An der Demonstrationsorganisation sind Gruppen aus der gesamten Gesellschaft beteiligt. Die Teilnehmerzahl variiert zwischen mehreren Zehntausend und über 200.000. Das französische Volk ist hier versammelt. Unsere Freunde munkeln von einem »neuen Sturm auf die Bastille«. Das Regierungszentrum wäre per Fußmarsch zu erreichen.

Der Trauermarsch durch Nanterre kippt zu früh in bürgerkriegsartige Zustände um, noch bevor irgendein Exekutivzentrum in Sicht ist. Zu dem Zeitpunkt steht Frankreich bereits seit 60 Stunden auf. Die Revolte will jetzt Revolution werden. An jenem 29. Juni mit dem Marsch der Zehntausenden könnte sie – die Revolution – gelingen, so heißt es zuvor vielfach. Es wird von Seiten der Konzernmedien die dritte Nacht in Folge mit Auseinandersetzungen zwischen Inlandstruppen Macrons einerseits und Frankreichs andererseits, also dem französischen Volke, gerechnet.

Am 29. Juni soll das Glück gezwungen werden. Laut Meldungen haben Renault-Arbeiter von Sandouville bei Le Havre, Lille und Lyon zeitgleich begonnen, Überwachungsanlagen, E-Zapfsäulen und 5G-Masten niederzubrennen. Es sollen demnach auch verbliebene Corona-Testzentren in Flammen stehen. Nach dem Prinzip von Nuit Debout soll es zu Verfassungsgebenden Versammlungen auf Marktplätzen kommen und die Marseillaise erschallen. Der Trauermarsch soll auf Paris ziehen und »die Regierung vertreiben«, heißt es.

ERSTE HILFE AUS BERLIN

67 Berliner Demokraten haben sich da bereits per Charterbus bereits auf den Weg nach Paris gemacht, um dem französischen Volk in seinem langen Kampf für Demokratie mit Erste-Hilfe-Sets, Mangen an Wasserflaschen und auch Bargeld für Transportkosten beizustehen. Menschenrechtler und Journalisten mehrerer Nationen befinden sich in dem Tross, darunter auch DW-Redaktionsmitglieder.

Doch am späten Abend ist zwischen Nanterre und Paris-Zentrum kein zielgerichteter Demonstrationszug mehr auffindbar, aber viel martialisches Polizeigerät und versprengt demonstrierende und aufgewühlte Einzelgruppen Oppositioneller. Etlichen kann tatsächlich etwas mit den im Bus mitgebrachten Materialien geholfen werden, ohne sich aktiv in die innerfranzösischen Angelegenheiten einzumischen.

Doch die neue Französische Revolution scheint da bereits in Plünderungen zu degenerieren. Man spricht von Geheimdienstaktionen, die dazu führten, den Zug auf Paris frühzeitig mit Provokateuren auseinander zu bringen. So verpufft die revolutionäre Kraft in der Vorstadt, sogar noch vor La Defense. Da kommt die Nachricht aus Marseille hinein, dass dort Zehntausende auf das Rathaus ziehen. Es gibt Bilder, die das beweisen. *Weiter in #DW142*



ZITAT DER WOCHE

Foto: Privat

»Ich komme am 5. August 2023 wieder nach Berlin.«

Michael Ballweg

Neu!

VERANSTALTUNGSKALENDER

01.07.-31.08.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, wichowaka@outlook.de

26.-30.07.2023 • Friesack; Freilichtbühne, Vietznitzer Str. 14, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica 2023« • Tickets und Informationen unter pax-terra-musica.de

22.08.2023 • Bad Zwischenahn; Forum Schulzentrum, Humboldtstr. 1 • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr • Tickets vor Ort 15€, für Schüler Eintritt frei • weitere Informationen unter seistolzaufdich.de/eugen-drewermann-vortrag

01.-03.09.2023 • Weimar;historitsch es Schießhaus, Johann-Heinrich-Gentz-platz 1, 99423 Weimar • FESTIVAL • »Musik & Wort in Weimar« mit Martina-Gebhardt-Quartett, Votum, Lausch--konzert, Ulrike Guérot & Gabriele Gysi,Hans-Joachim Maas, Jens Fischer-Rodrian, uli Masuth und vielen anderen Künstlern • Beginn 19:00 Uhr • Tickets unter: dasfestival.eu

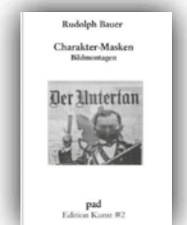
23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz „An der Buschheide",Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-Mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

pad-Verlag9 Euro
bestellbar via pad-verlag@gmx.net



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



DIESMAL: IN EIGENER SACHE

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Warum arbeitet ein Beamter für eine Zeitung, die der Inlandsgeheimdienst für gefährlich hält? Die Antwort ist einfach: Der Schlüssel liegt auch hier beim Journalismus und damit dort, wo ich als Medienforscher daheim bin.

Wer mag von wem abschreiben? Die Redaktionen von den Schlapphüten oder umgekehrt? Vermutlich ist die Frage falsch gestellt, da beide aus den gleichen Quellen schöpfen. Der Jahresbericht des Berliner Verfassungsschutzes für 2022 liest sich wie ein Artikel, der so auch im *Tagesspiegel* stehen könnte oder in der *taz* – jedenfalls da, wo es um »Bestrebungen zur Delegitimierung und Destabilisierung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung« geht.

Im Mittelpunkt dieses Abschnitts: der und seine Herausgeber. Die Vorwürfe? Der Hashtag #DemokratischeQuerfront. Eine Demo kurz nach Kriegsbeginn, bei der die meisten keine Maske trugen. Ein »Mobilisierungserfolg« an dem Tag, an dem das Parlament über die Impfpflicht abstimmte. 1.400 Menschen, von denen einige tatsächlich wagten, auch noch »Frieden mit Russland« zu fordern. Dazu ein Plakat, auf dem das Wort



Steht seit #DW1 vom 17. April 2020 für Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex ein: Diese Zeitung. Foto: Georgi Belickin

»Staatsstreich« stand. Ganz genau wissen es die verdeckten Ermittler nicht, aber sie vermuten schon, dass damit die »staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie« gemeint waren.

Auch die Zeitung selbst bekommt ihr Fett weg. »Die großen Medienhäuser sind gleichgeschaltet«, sei hier schon im April 2020 behauptet worden. Die Journalismusforscher sagen inzwischen das gleiche, wenn auch verklausuliert und mit allerlei Entschuldigungen. Dieser Virus und überhaupt. Lieber einmal vorsichtig als am Ende tot.

Das Problem liegt auf der Hand: Leitmedien definieren die Wirklichkeit. Was die großen Redaktionen behaupten, wird für Behörden, Gerichte und sonstige Entscheider zu einer Richtschnur, an der sie schon deshalb nicht mehr rütteln wollen, weil sie unterstellen können, dass alle wissen, wie man die Welt zu sehen hat – und damit auch diese Zeitung und ihre Macher. Die bayerische Verfassung sagt, dass die Beamten »Diener des ganzen Volkes« sind und nicht einer Allparteienkoalition, die über den Journalismus Freund und Feind bestimmt. Deshalb ist es gut, dass ich hier schreiben kann.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



SPORT MIT BERTHOLD

WANN MELDET SICH HITZLSPERGER?

Die öffentlich-rechtlichen Medien halten sich bedeckt, wie immer bei heiklen Themen, statt einmal Tacheles zu reden. Denn es wird immer absurder beim Thema Frauen- und Männersport. Es scheint nur noch um Sex/Geschlechtlichkeit zu gehen, wo es um die Freude am Sport gehen sollte. Und als ob es keine anderen Probleme in Deutschland gäbe!

Wann meldet sich zum Beispiel mal ein Thomas Hitzlsperger zu Wort, der offen homosexuell lebt, und stellt klar, dass hier etwas abläuft, das gar nicht im Sinne der Sache und der Menschen ist? Fakt ist jedenfalls, ohne irgendeine Agenda identifizieren zu müssen: Das Thema nimmt viel Platz ein und lenkt die Menschen ab. Aber das kennen wir ja seit 2020, Corona, Klima, Gender und so weiter und so fort.

Ich für meinen Teil kann die Regenbogenthemen nicht mehr hören. In der Vergangenheit ist mir bei anderen Kriegen nichts dergleichen aufgefallen. Der Sport, um den es eigentlich gehen sollte, spielt nur noch eine Nebenrolle und das muss korrigiert werden. Aber wir haben ja nicht einmal einen Sportminister, der hier für Klarheit sorgen könnte. Wie alles in dieser Zeit, scheint alles aus der Balance zu geraten.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



DAS GRÜNE REICH

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

Herrschende, Ideologen und Nieten
in Nadelstreifen wollen
möglichst viel verbieten.
Was irgend zu verbieten geht,
schon lange auf einer langen Liste steht.
Wir Bürger lesen es und uns wird bang
und bänger –
der Katalog wird jeden Tag
ein wenig länger!

Und was sich nicht verbieten lässt,
das wird besteuert.
Jegliche CO_2-Emission
man rücksichtslos verteuert.
Je stärker uns das stranguliert
und unterdrückt,
desto mehr fühlt sich der
Umweltminister beglückt.

Dieser kämpft für unseren totalen Verzicht:
Kein Auto, kein Flugzeug
und kein Fleischgericht.
Vielleicht kommt auch schon bald das Aus
für ein neues Krüppelwalmdachhaus?
Im besten Deutschland aller Zeiten

— die Winter sind ein wenig kühl
dank nördlicher Breiten —
wird Heizen mit Öl und Gas stigmatisiert.
Fehlt es dann an Strom,
wird dieser lustvoll rationiert.
Atomkraft ist böse, obwohl CO_2-neutral,
lieber greift man zu schmutziger Kohle.
Was für ein Skandal!

Hinter diesen Maßnahmen steckt
radikal ideologisches Denken,
das Scheinprobleme erzeugt,
um uns abzulenken,
damit wir von Sehnsucht erfüllt sind
»die Erde zu heilen«,
um opferbereit die Menschheit
um den Faktor zehn zu teilen.

Das ist der Aktivisten großes Ideal,
erdacht von einer unsichtbaren Macht,
deren Charakter genozidal.
Die braune Fratze aus dem Dritten Reich
weicht grünem Make-up
— alles andere bleibt fast gleich.

Erwartet uns eine weitere Stufe
in Gottes Gericht?
Die Bibel von einem Pferd
in grüner Farbe spricht.
Der, der darauf sitzt, bringt größte Not,
sein Name ist: »der Tod«.
Die Phalanx, die ihm folgt,
lässt erschaudern, macht kreidebleich,
denn sie ist das »Totenreich«,
das Macht gewinnen soll
über den vierten Teil der Erde,
auf dass der Verderber
verderbend wirksam werde,
zu töten mit Schwert,
durch Hunger und Pest
— wilde Tiere übernehmen dann den Rest
(Offenbarung 6,8).

Ich wünschte, meine Rede
wäre Übertreibung,
doch was ich sehe,
ist grüne Tyrannei in Vorbereitung.
Sie wird vielleicht bald dieses Land
im Würgegriff besitzen
und die Massen quälen, bis sie Blut
und Wasser schwitzen.

Haben wir eine Chance,
zu wenden dieses Blatt?
Werden wir aufhalten,
was Gott zugelassen hat?
Wie es auch kommt,
wir wollen uns nicht verstecken,
sondern die Wahrheit bezeugen,
möglichst viele aufwecken.
Jetzt ist die Zeit,
unser Profil als Christen zu schärfen,
indem wir uns dem Rad selbst
in die Speichen werfen.

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall (*anti.pas@gmx.de*)

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

FALLS FREIHEIT ÜBERHAUPT IRGEND ETWAS BEDEUTET, DANN BEDEUTET SIE DAS RECHT DARAUF, DEN LEUTEN DAS ZU SAGEN, WAS SIE NICHT HÖREN WOLLEN.
GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*